

---

# Rechnungsabschluss 2009 des Landes Tirol

## Abkürzungsverzeichnis

a.o.	außerordentlich
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
BBT-SE	Brenner Basistunnel Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FKZ	Finanzkennziffern
FN	Firmenbuchnummer
gem.	gemäß
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
iSd	im Sinne des
iVm	in Verbindung mit
KHZ	Kinder-Herz-Zentrum
LGBl.	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
NADA	Nationale Anti Doping Agentur
o.	ordentlich
RA	Rechnungsabschluss
TirLRHG	Tiroler Landesrechnungshofgesetz
TLO	Tiroler Landesordnung
u.a.	unter anderem
VA	Voranschlag
VASt.	Voranschlagstellen
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung

## Auskünfte

Landesrechnungshof

A-6010 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Telefon: 0512/508-3030

Fax: 0512/508-3035

E-mail: [landesrechnungshof@tirol.gv.at](mailto:landesrechnungshof@tirol.gv.at)

Erstellt: Juli 2010

Herstellung: Landesrechnungshof

Redaktion: Landesrechnungshof

Herausgegeben: LR-0945/41, 3.8.2010

# Inhaltsverzeichnis

---

1. Voranschlag .....	2
1.1 Ordentlicher Voranschlag.....	3
1.2 Außerordentlicher Voranschlag.....	5
1.3 Voranschlagsveränderungen .....	6
2. Haushaltsvollzug .....	11
2.1 Ordentlicher Haushalt .....	11
2.1.1 Haushaltsergebnis.....	11
2.1.2 Vorjahresvergleich.....	15
2.1.3 Mehrjähriger Vergleich .....	17
2.1.4 Abgabenertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben.....	20
2.1.5 Budgetpfad 2010 - 2014 .....	23
2.2 Außerordentlicher Haushalt .....	24
3. Haushaltsgliederung nach bestimmten Gesichtspunkten.....	30
3.1 Gliederung nach finanzwirtschaftlichen Kriterien.....	30
3.2 Gliederung nach Aufgabenbereichen.....	33
4. Leistungen für Personal-, Ruhe- und Versorgungsbezüge.....	39
5. Verschuldung des Landes Tirol .....	52
6. Zahlungsrückstände .....	56
7. Rücklagen .....	58
8. Beteiligungen .....	61
9. Einnahmen aus Dividenden und Gewinnanteilen.....	68
10. Stiftungen und Fonds .....	71
11. Haftungen des Landes Tirol.....	76
12. Zusammenfassende Feststellungen .....	79
13. Empfehlungen gem. Art. 69 Abs. 4 TLO .....	83



# Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Tirol

- gesetzliche Grundlage Gemäß § 7 Abs. 3 TirLRHG, LGBl. Nr. 8/2003, hat der LRH zu dem von der Tiroler Landesregierung dem Tiroler Landtag vorgelegten RA innerhalb einer angemessenen, sechs Wochen nicht übersteigenden Frist, einen Bericht zu erstatten. Darin ist jedenfalls dazu Stellung zu nehmen, ob die Abwicklung der Gebarung im abgelaufenen Finanzjahr im Einklang mit dem VA sowie den dazu erteilten Vollmachten, Zustimmungen und sonstigen voranschlagswirksamen Beschlüssen des Tiroler Landtages erfolgt ist.
- Regierungsbeschluss Mit Schreiben vom 21.6.2010 wurde dem LRH der Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 15.6.2010 betreffend „Rechnungsabschluss 2009“ übermittelt.
- Grundlagen Als Grundlage für die Prüfung dienten neben dem RA 2009, die Beschlüsse des Tiroler Landtages und der Tiroler Landesregierung, die Einsichtnahme in diverse Aktenstücke, Unterlagen, Belege sowie Abfragen im SAP-Programm (Finanzbuchhaltung) und im IPA-Programm (Lohnverrechnung).
- Prüfungsziel Prüfungsziel war die Feststellung der ziffernmäßigen Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Rechenwerkes sowie die Übereinstimmung mit den Vorschriften der VRV, dem Bewirtschaftungserlass über den VA 2009 und den Tiroler Landtags- und Regierungsbeschlüssen. Durch die Darstellung von Jahresvergleichen und Zeitreihen wird auf wirtschaftliche Entwicklungen und finanzpolitische Ziele besonders aufmerksam gemacht.

Über das Ergebnis der Prüfung wird wie folgt berichtet:

## 1. Voranschlag

Gemäß Art. 61 Abs. 1 TLO ist der VA über alle in einem Kalenderjahr zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben („Landesvoranschlag“) die Grundlage der Gebarung des Landes Tirol. Der VA wird vom Tiroler Landtag durch Beschluss festgesetzt. Der VA des Landes Tirol für das Jahr 2009 wurde vom Tiroler Landtag am 12.12.2008 beschlossen. Die Abwicklung des Budgets basiert u.a. auf dem Bewirtschaftungserlass des Finanzreferenten vom 15.12.2008.

Rahmenbedingungen und Schwerpunkte Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich wesentlich auf die Erstellung des Budgets für das Jahr 2009 aus. Durch konjunkturbelebende Maßnahmen versuchten die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag die negativen Auswirkungen der Krise zu dämpfen. Hierzu wurde durch die Umsetzung baureifer Projekte und den weiteren Ausbau von Landesstraßen die Bauwirtschaft unterstützt. Generell sollte die Tiroler Wirtschaft mit Hilfe der Innovationsförderung im Rahmen einer Technologieoffensive sowie einer weiteren Aufstockung der Mittel im Bereich der Wohnbauförderung gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Budgets lag in der Daseinsfürsorge und sonstigen sozialen Maßnahmen wie dem im Herbst des Jahres 2008 eingeführten „Tiroler Kindergeld“ sowie zusätzlichen Finanzmitteln für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erforderte jedoch einen verstärkten Mitteleinsatz. Aus diesem Grund war im VA für das Jahr 2009 ein weiterer Anstieg der Budgetsumme zu verzeichnen.

ordentlicher Haushalt Der Tiroler Landtag legte den o. VA für das Jahr 2009 mit Ausgaben in der Höhe von 2,64 Mrd. € und Einnahmen in der Höhe von 2,58 Mrd. € fest. Der daraus resultierende budgetierte Abgang lag bei 57,7 Mio. €.

außerordentlicher Haushalt Die Programme des a.o. Haushalts verursachten präliminierte Ausgaben und Einnahmen von 76,9 Mio. €. Davon sollten 55,1 Mio. € über Darlehen finanziert werden.

### 1.1 Ordentlicher Voranschlag

Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr Der o. VA für das Jahr 2009 enthielt Ausgaben von € 2.635.716.100,--. Dies entspricht einem Anstieg von 153,0 Mio. € oder 6,2 % im Vergleich zum Jahr 2008. Die präliminierten Einnahmen betragen € 2.578.016.100,--. Hierbei war ein Anstieg von 153,3 Mio. € oder 6,3 % im Vorjahresvergleich zu verzeichnen. Der aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen resultierende geplante Abgang ging in geringem Maße um 0,3 Mio. € auf 57,7 Mio. € zurück, dies entspricht 0,5 %.

Ausgabenstruktur Die budgetierten Pflichtausgaben erhöhten sich für das Jahr 2009 um 110,4 Mio. € auf € 2.173.071.400,--. Die Ermessensausgaben betragen im selben Zeitraum € 462.644.700,--, hierbei war ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2008 von € 42.532.000,-- zu verzeichnen. Einer leichten Veränderung war das Verhältnis von Pflicht- zu Ermessensausgaben unterworfen: Der Anteil der Pflichtausgaben am Gesamtbudget ging um 1,0 % auf 82,4 % zurück, der Anteil der Ermessensausgaben stieg im selben Ausmaß auf 17,6 %.

Voranschlagsentwicklung nach Gruppen Die folgenden Tabellen stellen die Entwicklung des VA vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 untergliedert nach Gruppen für die Ausgaben- und die Einnahmenseite dar:

#### Vergleich der budgetierten Ausgaben 2008 und 2009

Gruppe	Ausgaben	2008	2009	Differenz	
		in Mio. €		in %	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	249,1	269,5	20,5	8,2%
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	10,5	10,1	-0,4	-3,9%
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	512,2	547,7	35,6	6,9%
3	Kunst, Kultur und Kultus	76,5	85,3	8,7	11,4%
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	665,6	715,5	49,9	7,5%
5	Gesundheit	448,0	477,4	29,4	6,6%
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	175,7	189,0	13,3	7,6%
7	Wirtschaftsförderung	155,9	156,1	0,2	0,1%
8	Dienstleistungen	17,3	13,4	-3,9	-22,7%
9	Finanzwirtschaft	171,8	171,6	-0,2	-0,1%
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.482,7</b>	<b>2.635,7</b>	<b>153,0</b>	<b>6,2%</b>

## Vergleich der budgetierten Einnahmen 2008 und 2009

Gruppe	Einnahmen	2008	2009	Differenz	
		in Mio. €		in %	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	31,8	33,1	1,2	3,9%
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,8	1,0	0,2	20,2%
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	409,6	431,1	21,5	5,2%
3	Kunst, Kultur und Kultus	17,3	23,5	6,2	35,6%
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	470,2	346,9	-123,2	-26,2%
5	Gesundheit	306,8	323,4	16,7	5,4%
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	77,7	12,1	-65,6	-84,4%
7	Wirtschaftsförderung	2,0	2,2	0,2	11,7%
8	Dienstleistungen	4,4	4,6	0,2	3,7%
9	Finanzwirtschaft	1.104,2	1.400,2	296,0	26,8%
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.424,7</b>	<b>2.578,0</b>	<b>153,3</b>	<b>6,3%</b>

Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“

Auch im VA für das Jahr 2009 lag der betragsmäßig größte Ausgabenblock in der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“. Im Vergleich zum Vorjahr war bei den präliminierten Ausgaben eine weitere Steigerung von 49,9 Mio. € auf 715,5 Mio. € zu verzeichnen. Mit dem Anstieg von 51,2 Mio. € im o. VA 2008 erhöhten sich die geplanten Ausgaben in der Gruppe 4 in einem Zeitraum von zwei Jahren um 101,1 Mio. € (!). Innerhalb der Gruppe 4 verursachte der Abschnitt 41 „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ mit

- den Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe,
- den Maßnahmen der Behindertenhilfe,
- der Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz sowie
- der Pflegesicherung

die höchsten Ausgaben (352,6 Mio. €) und auch den Großteil der Ausgabensteigerungen (+25,0 Mio. € oder 7,6 %). Der übrige Anstieg der budgetierten Ausgaben resultierte hauptsächlich aus dem Abschnitt 46 „Familienpolitische Maßnahmen“ (+19,1 Mio. € oder 67,7 %).

Die geplanten Einnahmen gingen in der Gruppe 4 um 123,3 Mio. € auf 346,9 Mio. € zurück. Der Grund für diesen eklatanten Rückgang liegt in der Umwandlung des Bundesbeitrags für die Wohnbauförderung in Ertragsanteile ohne Zweckwidmung. Im Unterschied zu

anderen Finanzaufweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes erfolgte die Umschichtung des Wohnbauförderungs-Zweckzuschusses erst im Jahr 2009.

Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“  
In der Gruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“ wies der o. VA 2009 Ausgaben in der Höhe von 547,7 Mio. € aus, was einem Anstieg von 35,6 Mio. € oder 6,9 % im Hinblick auf das Jahr 2008 gleichkommt. Die Steigerung verursachte auch im Jahr 2009 vornehmlich der Abschnitt 21 „Allgemeinbildender Unterricht“, welcher jedoch mit einer Ausgabensumme von 292,9 Mio. € auch den Hauptanteil an der Gruppe 2 stellt.

Gruppe 5 „Gesundheit“  
Die budgetierten Ausgaben in der Gruppe 5 „Gesundheit“ waren im Jahr 2009 in absoluter Hinsicht ebenfalls einem erheblichen Anstieg unterworfen. Die Ausgaben erhöhten sich um 29,4 Mio. € auf insg. 477,4 Mio. €. Dieser Anstieg erklärt sich zu einem maßgeblichen Teil aus gestiegenen Personalausgaben im Abschnitt 56 „Krankenanstalten anderer Rechtsträger“. Die Personalkosten der TILAK werden allerdings in vollem Umfang auf der Einnahmenseite als Rückersätze ausgewiesen.

Gruppe 6 „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“  
In der Gruppe 6 „Straßen- und Wasserbau, Verkehr“ erfuhren die präliminierten Einnahmen einen erheblichen Rückgang von 65,6 Mio. € auf 12,1 Mio. €. Dies entspricht einer prozentuellen Verringerung von 84,4 %. Auch in diesem Zusammenhang liegt die Ursache für diese negative Einnahmenentwicklung in der Umwandlung von Zweckzuschüssen – in diesem Fall den „Zweckzuschuss für die Finanzierung von Straßen“ – in Ertragsanteile ohne Zweckbindung.

Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“  
Auf der Einnahmenseite bildet die Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“ den betragsmäßig bedeutendsten Bereich. Die budgetierten Einnahmen wurden im o. VA des Jahres 2009 mit 1.400,2 Mio. € festgesetzt, was einem Anstieg von 296,0 Mio. € oder 26,8 % gleichkommt. Die Gründe hierfür liegen zum größten Teil in den bereits beschriebenen Umwandlungen von Zweckzuschüssen in Ertragsanteile ohne Zweckbindung.

## **1.2 Außerordentlicher Voranschlag**

Im a.o. VA für das Jahr 2009 betragen die präliminierten Ausgaben

und Einnahmen € 76.899.000,--. Es war vorgesehen € 55.137.300,-- mittels Darlehensaufnahme zu finanzieren.

Im Vergleich zum Jahr 2008 erfuhr der a.o. VA eine erhebliche Reduzierung, da ein erheblicher Teil der Maßnahmen im o. Haushalt untergebracht wurde:

#### Entwicklung des a.o. VA in den Jahren 2008 und 2009

a.o. VA	2008	2009	Differenz	
	in Mio. €		in %	
Ausgaben	132,7	76,9	-55,8	-42,1%
Einnahmen	132,7	76,9	-55,8	-42,1%
davon Fremdfinanzierung	89,3	55,1	-34,1	-38,2%

Die budgetierten Ausgaben und Einnahmen im a.o. Haushalt gingen um 55,8 Mio. € oder 42,1 % auf 76,9 Mio. € zurück. Die Höhe der Fremdfinanzierung der Einnahmen verringerte sich um 34,1 Mio. € oder 38,2 % auf 55,1 Mio. €.

Ausgabenschwerpunkte im a.o. Haushalt

Die geplanten Schwerpunkte des a.o. Haushalts lagen mit 52,8 Mio. € im „Krankenhausausbauprogramm“ und mit 17,1 Mio. € in den „Sonstigen Ausbau- und Finanzierungsprogrammen“ (z.B. Neubau und Generalsanierung Landhaus 1, Sonderprogramm Landesstraßen B und Schienenverkehr).

### 1.3 Voranschlagsveränderungen

Grundsätzlich sind die im VA vorgesehenen Ausgaben gem. dem Beschluss des Tiroler Landtags vom 12.12.2008 unüberschreitbare Höchstbeträge. VAST., welche in derselben Deckungsklasse zusammengefasst werden, sind jedoch gegenseitig deckungsfähig. In bestimmten Fällen wird die Tiroler Landesregierung im Budgetbeschluss des Tiroler Landtags jedoch ermächtigt, Zusatzkredite zur Verfügung zu stellen, wenn diese durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen bedeckt werden können. Für Maßnahmen, die über die Ermächtigung des Beschlusses des Tiroler Landtags vom 12.12.2008 hinausgehen, ist eine Genehmigung des Tiroler

Landtags einzuholen. Der „Nachweis der Voranschlagsveränderungen“ im RA 2009 (Seite 276ff) listet alle diesbezüglichen Erweiterungen des VA detailliert auf.

Budgetveränderungen In Summe betragen die Budgetveränderungen im o. Haushalt im o. Haushalt - Ausgabenseite Laufe des Jahres 2009 auf der Ausgabeseite, wie in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, insg. 189,9 Mio. €:

Budgetveränderungen o. Haushalt – Ausgaben (Beträge in €)

Gruppe	Ausgaben	VA lt. LT-Beschluss	VA-Erweiterungen	VA inkl. Veränderungen
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	269,5	7,5	277,1
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	10,1	2,3	12,4
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	547,7	27,4	575,1
3	Kunst, Kultur und Kultus	85,3	21,7	106,9
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	715,5	23,5	739,0
5	Gesundheit	477,4	4,3	481,7
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	189,0	13,1	202,0
7	Wirtschaftsförderung	156,1	59,6	215,7
8	Dienstleistungen	13,4	20,8	34,2
9	Finanzwirtschaft	171,6	9,8	181,4
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.635,7</b>	<b>189,9</b>	<b>2.825,6</b>

Die betragsmäßig beträchtlichste Erweiterung war ausgabenseitig in der Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ zu verzeichnen. Hier erweitern die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag vor allem die Finanzpositionen 1-748005-7691019 „Zuwendung zur Behebung privater Katastrophenschäden“ (+4,2 Mio. €), 1-782005-7431028 „Zuwendung an Betriebe – Maßnahmen des Landes Tirol“ (+6,3 Mio. €), 1-783005-7481017 „Zuwendung an Betriebe“ (+5,8 Mio. €), 1-787105-7298138 „Zuwendung Projekte Arbeitnehmerförderung“ (+4,5 Mio. €) und 1-790005-7355000 „Zuwendungen für Investitionszwecke an Gemeinden“ (+17,8 Mio. €).

Budgetveränderungen Auf der Einnahmenseite veränderte sich der VA des Jahres 2009 o. Haushalt - Einnahmen um insg. 183,4 Mio. €:

## Budgetveränderungen o. Haushalt - Einnahmen

Gruppe	Einnahmen	VA lt. LT-Beschluss	VA-Erweiterungen	VA inkl. Veränderungen
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	33,1	2,5	35,6
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1,0	1,9	2,9
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	431,1	14,4	445,5
3	Kunst, Kultur und Kultus	23,5	12,3	35,8
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	346,9	17,9	364,8
5	Gesundheit	323,4	0,2	323,6
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	12,1	9,4	21,5
7	Wirtschaftsförderung	2,2	20,9	23,1
8	Dienstleistungen	4,6	9,4	14,0
9	Finanzwirtschaft	1.400,2	94,5	1.494,7
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.578,0</b>	<b>183,4</b>	<b>2.761,4</b>

Die Einnahmenerweiterung in der Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“ ist größtenteils auf die Auflösung der Haushaltsrücklage (82,1 Mio. € zurückzuführen. In der Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ wurden vornehmlich die budgetierten Einnahmen in der Finanzposition 2-790003-2405000 „Darlehen an Gemeinden“ (+12,5 Mio. €) erweitert.

Art der Voranschlagsveränderungen Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen des o. VA im Laufe des Jahres 2009, zusammengefasst nach der Art der Veränderung:

## Voranschlagsveränderungen o. Haushalt im Jahr 2009 (Beträge in €)

<b>Ausgaben</b>	Mehrausgaben ohne Bedeckung	6.559.000
	Mehrausgaben mit Bedeckung	90.028.500
	Kreditänderung Minderausgaben	-14.245.000
	Rücklage	107.587.800
	<b>Summe Budgetveränderungen</b>	<b>189.930.300</b>
<b>Einnahmen</b>	Kreditänderung Mehreinnahmen	-75.783.500
	Rücklage	-107.587.800
	<b>Summe Budgetveränderungen</b>	<b>-183.371.300</b>
<b>Differenz Mehrausgaben</b>		<b>6.559.000</b>

Die Zusatzkredite im o. Haushalt waren zum Großteil durch Minder- ausgaben (14,2 Mio. €), Mehreinnahmen (75,8 Mio. €) und durch die Zuführung von im Jahr 2008 gebildeten Rücklagen (107,6 Mio. €) bedeckt. Für Mehrausgaben in der Höhe von 6,6 Mio. € war zu- nächst keine Bedeckung vorhanden. Dies führte zu einem Anstieg des budgetierten Abgangs von 57,7 Mio. € auf 64,3 Mio. €.

Mehrausgaben ohne Bedeckung Der LRH stellt bezüglich der Mehrausgaben ohne Bedeckung fest, dass die Tiroler Landesregierung die hierfür erforderlichen Beschlüsse des Tiroler Landtags eingeholt hat:

#### Beschlüsse des Tiroler Landtags – Mehrausgaben ohne Bedeckung (in Mio. €)

LT-Beschluss vom	Finanzposition/Verwendung	Mehr- ausgaben
25.3.2009	1-840003-0001000 "Bebaute Grundstücke", Ankauf Liegenschaft Karwendelstraße	3,6
2.7.2009	1-000001-7672028 "Kostenersatz an Landtagsklubs", Stärkung der parlamentarischen Arbeit	0,3
30.9.2009	1-840003-0001000 "Bebaute Grundstücke", Ankauf AK- Werkmeisterschule	1,8
18.11.2009	1-439008-7282032 "Aufwendungen für die volle Erziehung", zusätzliche Mittel Abteilung Jugendwohlfahrt	0,9
<b>Erhöhung budgetierter Abgang</b>		<b>6,6</b>

Ankauf Liegenschaft Karwendelstraße 15 Der Tiroler Landtag stellte in seiner Sitzung vom 25.3.2009 der Abteilung Justizariat für den Ankauf der Liegenschaft Karwendelstraße 15 in Innsbruck von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG zusätzliche Finanzmittel in der Höhe von € 3.600.600,-- bereit. Zur Sicher- stellung einer zeitgemäßen und bedarfsgerechten medizinischen Versorgung muss die TILAK GmbH einen weiteren Standort entwi- ckeln und sah die gegenständliche Liegenschaft als geeignet an. Zur Umsetzung dieser Standortplanung erwarb das Land Tirol diese seit längerem nicht mehr benötigte Liegenschaft von der ÖBB-Infra- struktur Bau AG.

Im „TILAK-Übertragungsvertrag“ vom 11./14.1.1991 gab das Land Tirol als Eigentümer das dem Betrieb der Landeskrankenanstalten gewidmete Liegenschaftsvermögen der TILAK in Bestand. Auf Basis dieses Vertrags erfolgte auch der Ankauf der Liegenschaft Karwendelstraße 15 durch das Land Tirol mit dem Hintergrund einer weite- ren Nutzung durch die TILAK.

Hinweis	Der LRH weist darauf hin, dass im Gegensatz zu den Liegenschaften in Innsbruck zwischenzeitlich (Landtagsbeschlüsse vom 11.12.2003 und 30.6.2004) die peripheren Landeskrankenhäuser Natters und Hochzirl sowie das psychiatrische Krankenhaus Hall im Sinne einer Zusammenlegung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung und aus verwaltungsökonomischen und betriebswirtschaftlichen Gründen an die TILAK veräußert wurden.
Stärkung der parlamentarischen Arbeit	Der Tiroler Landtag beschloss in seiner Sitzung vom 2.7.2009 aufgrund eines Dringlichkeitsantrags aller Klubobleute für das zweite Halbjahr 2009 zusätzliche Finanzmittel in der Höhe von € 330.000,-- zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollten der besseren personellen und infrastrukturellen Ausstattung der Landtagsklubs sowie der Stärkung der parlamentarischen Arbeit der im Tiroler Landtag vertretenen Fraktionen dienen. Des Weiteren wurde die Tiroler Landesregierung aufgefordert, die betreffende Finanzposition im VA 2010 um € 660.000,-- zu erhöhen und für die Klubförderung in den Folgejahren eine Valorisierung vorzusehen.
Ankauf „AK-Werkmeisterschule“	In der Sitzung vom 30.9.2009 stimmte der Tiroler Landtag dem Ankauf von Miteigentumsanteilen im 2. Obergeschoß des Gebäudes Universitätsstraße 15 und 15a von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol zu einem Kaufpreis von € 1.751.400,-- inkl. Nebenkosten zu. Die angekauften Räumlichkeiten werden in weiterer Folge vom Land Tirol an das MCI für den Betrieb der Fachhochschule vermietet.
zusätzliche Mittel Abteilung Jugendwohlfahrt	Für die Abdeckung von Mehraufwendungen des Jahres 2009 wurden der Abteilung Jugendwohlfahrt zusätzliche Finanzmittel in der Höhe von € 1.360.000,-- bereitgestellt. Diese Mehrausgaben konnten teilweise durch Mehreinnahmen und Minderausgaben abgedeckt werden, allerdings blieb ein unbedeckter Rest von € 877.000,-- bestehen. Die Gründe für den notwendigen Budgetnachtrag lagen primär im unterjährigen Anstieg der Gefährdungsmeldungen, worauf hin die Referate für Jugendwohlfahrt in den Bezirksverwaltungsbehörden oft mit konkreten Maßnahmen reagieren mussten.
Budgetveränderungen a.o. Haushalt	Der a.o. Haushalt wurde im Laufe des Jahres 2009 von 76,9 Mio. € um 33,8 Mio. € auf 110,7 Mio. € erhöht. Die Voranschlagsveränderungen im a.o. Haushalt sind vor allem in der Erhöhung der Finanzpositionen 5-020023-0632014 „Neubau und Generalsanierung Landhaus 1“ (+2,7 Mio. €), 5-650004-7470001 „Gesellschaftereinlage Fahrbetriebsmittel IVB und Stubaitalbahn GmbH“ (+2,9 Mio. €),

5-650004-7470002 „Gesellschaftereinlage an IVB für Regionalbahn“ (+5,2 Mio. €) sowie 5-914006-0802012 „Brenner Basistunnel BBT-SE“ (+20,6 Mio. €) begründet.

## **2. Haushaltsvollzug**

---

### **2.1 Ordentlicher Haushalt**

---

#### **2.1.1 Haushaltsergebnis**

---

Abgang	<p>Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte der o. Haushalt im Jahr 2009 nicht ausgeglichen abgeschlossen werden. Den Gesamtausgaben von € 2.776.881.141,53 stehen Gesamteinnahmen von € 2.717.606.192,27 gegenüber. Daraus ergibt sich ein Abgang von € 59.274.949,26.</p> <p>Gegenüber dem ursprünglichen VA bedeutet dies eine Erhöhung des Abganges um 1,6 Mio. € oder 2,7 %. Unter Berücksichtigung der Budgetänderungen während des Jahres, wodurch sich – wie erwähnt - der präliminierte Abgang auf 64,3 Mio. € erhöht hat, konnte der tatsächliche Abgang hingegen um 5,0 Mio. € oder 7,8 % reduziert werden.</p>
Hinweis	<p>Der LRH weist darauf hin, dass in den Voranschlägen der Vorjahre durchwegs Abgänge im ähnlichen Ausmaß budgetiert waren, diese aber entweder gar nicht oder nur in einem deutlich geringeren Ausmaß anfielen. Dies war insbesondere durch einen restriktiven Vollzug der Ausgaben und durch höhere Abgabenertragsanteile möglich. Einen ähnlich hohen Abgang wie im Jahr 2009 musste das Land Tirol zuletzt im Abs. des Jahres 1995 mit 60,0 Mio. € ausweisen.</p>
Ausgaben	<p>In der nachfolgenden Darstellung sind die Ausgaben lt. VA (einschließlich der Veränderungen während des Jahres) den tatsächlichen Ausgaben – bezogen auf das Jahr 2009 und gegliedert nach Gruppen – gegenübergestellt:</p>

## Vergleich Ausgaben VA – RA 2009

Gruppe	Ausgaben	VA inkl.	Rechnungs-	Minder-/Mehr-		
		Veränderungen	abschluss	ausgaben (-/+)		
		in Mio. €			in %	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	277,1	257,2	-19,9	-7,18	
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	12,4	11,1	-1,3	-10,21	
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	575,1	555,9	-19,2	-3,34	
3	Kunst, Kultur und Kultus	106,9	101,2	-5,7	-5,32	
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	739,0	728,0	-11,0	-1,48	
5	Gesundheit	481,7	468,2	-13,5	-2,81	
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	202,0	195,1	-7,0	-3,44	
7	Wirtschaftsförderung	215,7	168,8	-46,9	-21,73	
8	Dienstleistungen	34,2	26,1	-8,1	-23,65	
9	Finanzwirtschaft	181,4	265,1	+83,7	+46,14	
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.825,6</b>	<b>2.776,9</b>	<b>-48,8</b>	<b>-1,73</b>	

Wenn im RA bei bestimmten VASt. die tatsächlichen Ausgaben höher waren als die budgetierten, so hat dies folgende zwei Gründe:

## Deckungsklassen

Einerseits sind zahlreiche Ausgabenansätze in Deckungsklassen zusammengefasst, innerhalb der die Mehrausgaben ihre Bedeckung finden. Der Nachweis der Deckungsklassen ist im RA auf den Seiten 300 - 305 dargestellt. Er zeigt, dass die in Deckungsklassen zusammengefassten Ausgabenansätze gegenüber dem VA insg. nicht überschritten wurden.

## Rücklagengebarung

Andererseits handelt es sich bei den ausgewiesenen Mehrausgaben um Positionen, die im Zuge der Abschlussarbeiten zur Abwicklung der Rücklagengebarung gebildet wurden. Je nach Ausgabenart (Pflicht- oder Ermessensausgabe) erfolgt die Übertragung nicht verbrauchter Kredite in das nächste Jahr auf unterschiedliche Weise.

Bei den Pflichtausgaben im o. Haushalt erfolgt diese Übertragung über die besondere Rücklage. Die Rücklagenbildungen und die jeweiligen Bedeckungen (= Minderausgaben) sind durchwegs im selben Teilabschnitt dargestellt. Im Jahr 2009 wurden auf diese Weise 33,9 Mio. € in das nächste Jahr übertragen.

Bei den Ermessensausgaben (Investitions-, Betriebs- und Förderausgaben) erfolgt die Übertragung der nicht verbrauchten Budgetmittel über die Haushaltsrücklage (VASt. 1/912009-2981000). Die zur Bedeckung herangezogenen Minderausgaben sind auf die Gruppen 0 - 8 verteilt. Auf diese Weise wurden im Jahr 2009 insg. 92,5 Mio. € zweckgebunden der Haushaltsrücklage zugeführt.

Die buchhalterische Abwicklung der Kreditübertragungen auf das nächste Rechnungsjahr mittels der Haushaltsrücklage erfolgte erstmals im RA 2006. Unter diesem Aspekt sind die deutlichen Mehrausgaben in der Gruppe 9 und die Minderausgaben bei verschiedenen VASt. in den anderen Gruppen zu sehen.

tatsächliche  
Ausgaben-  
einsparungen

Abgesehen von diesen Rücklagenmaßnahmen wurden im Jahr 2009 auch tatsächliche Ausgabeneinsparungen erzielt und ausgewiesen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Mittel im Ausmaß von 48,8 Mio. € weniger ausgegeben als im VA (einschließlich Voranschlagsveränderungen) budgetiert waren.

Bezogen auf die einzelnen Abschnitte waren Ausgabeneinsparungen größeren Ausmaßes insbesondere bei den Abschnitten 02 „Amt der Tiroler Landesregierung“ (- 10,3 Mio. €<sup>1</sup>), 41 „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ (- 4,6 Mio. €), 46 „Familienpolitische Maßnahmen“ (- 2,7 Mio. €), 51 „Gesundheitsdienst“ (- 2,7 Mio. €) und 94 „Finanzzuweisungen und Zuschüsse“ (- 7,3 Mio. €) festzustellen. Letztgenannte Position bezieht sich vor allem auf die Bedarfszuweisungen der Gemeinden, welche im Jahr 2009 deutlich geringer als budgetiert ausfielen.

Einnahmen

Die Einnahmen des o. Haushaltes haben sich im Vergleich zum VA wie folgt entwickelt:

#### Vergleich Einnahmen VA – RA 2009

Gruppe	Einnahmen	VA inkl.	Rechnungs-	Minder-/Mehr-	
		Veränderungen	abschluss	einnahmen (-/+)	
		in Mio. €		in %	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	35,6	36,7	+1,1	+3,11
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	2,9	2,4	-0,5	-16,86

<sup>1</sup> ohne die Minderausgaben, für welche Rücklagen gebildet wurden.

Gruppe	Einnahmen	VA inkl. Veränderungen	Rechnungsabschluss	Minder-/Mehreinnahmen (-/+)	
		in Mio. €			in %
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	445,5	446,2	+0,7	+0,17
3	Kunst, Kultur und Kultus	35,8	30,8	-5,0	-14,02
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	364,8	389,7	+24,9	+6,83
5	Gesundheit	323,6	320,9	-2,7	-0,83
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	21,5	22,9	+1,4	+6,49
7	Wirtschaftsförderung	23,1	22,8	-0,3	-1,38
8	Dienstleistungen	14,0	14,9	+0,9	+6,51
9	Finanzwirtschaft	1.494,7	1.430,4	-64,4	-4,31
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.761,4</b>	<b>2.717,6</b>	<b>-43,8</b>	<b>-1,59</b>

Die Gesamteinnahmen im o. Haushalt waren letztlich um insg. 43,8 Mio. € geringer als budgetiert. Dieses Ergebnis war maßgeblich von der Entwicklung der Steuereinnahmen beeinflusst.

#### Mindereinnahmen

Die Entwicklung der Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen (Unterabschnitt 925) ist für den Haushaltsvollzug stets von großer Bedeutung. Sah der VA 2009 noch Einnahmen aus den Abgabenertragsanteilen in Höhe von insg. 1.136,6 Mio. € vor, so hat das Land Tirol aus diesem Titel im Jahr 2009 letztlich insg. 1.056,1 Mio. € erhalten. Allein diese, insbesondere durch die Auswirkungen der Steuerreform und der Wirtschaftskrise verursachten Mindereinnahmen betragen 80,5 Mio. €. Dementsprechend waren auch die Einnahmen aus der Gemeindeumlage um 4,2 Mio. € und die Bedarfszuweisungen der Gemeinden um 7,2 Mio. € geringer als budgetiert.

Die Einnahmenerwartungen wurden schließlich auch bei einigen anderen Positionen nicht erfüllt. Bei bestimmten Positionen wurden zwar Einnahmen budgetiert, letztlich aber keine oder geringere Einnahmen erzielt. So fehlt beispielsweise im RA 2009 der Beitrag der ASFINAG für die Portalfeuerwehren mit 0,4 Mio. €, der Beitrag der Landesgedächtnisstiftung für das Bergisel Museum mit 5,3 Mio. € oder der Beitrag des Tiroler Tourismusförderungsfonds für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus mit 0,3 Mio. €. Unter den Einnahmenerwartungen blieben etwa auch der Bundesbeitrag für den öffentlichen Nahverkehr (- 0,4 Mio. €) und die Dividenden und Gewinnanteile (- 6,8 Mio. €).

Relativ hohe Mehreinnahmen waren hingegen in der Gruppe 4 ausgewiesen. Diese waren vor allem durch höhere Tilgungen von WBF- und WSG-Darlehen (+ 14,6 Mio. €), höhere Ersätze im Alten- und Pflegeheimbereich (+ 5,4 Mio. €) und einen a.o. Beitrag der TIWAG für den Tiroler Solidaritätsfonds (+ 4,9 Mio. €) begründet.

### 2.1.2 Vorjahresvergleich

Nachfolgende Darstellung zeigt einen Vergleich der Ausgaben und Einnahmen der Jahre 2008 und 2009:

#### Ausgaben- und Einnahmenvergleich 2008/09

Gruppe		Ausgaben				Einnahmen			
		2008	2009	Vgl. 2008-2009		2008	2009	Vgl. 2008-2009	
		in Mio. €		in %		in Mio. €		in %	
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	244,0	257,2	+13,2	+5,4%	36,1	36,7	+0,6	+1,5%
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	11,4	11,1	-0,3	-2,6%	2,0	2,4	+0,3	+17,0%
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	520,0	555,9	+36,0	+6,9%	426,0	446,2	+20,2	+4,7%
3	Kunst, Kultur und Kultus	82,8	101,2	+18,5	+22,3%	24,0	30,8	+6,7	+27,9%
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	685,3	728,0	+42,7	+6,2%	487,1	389,7	-97,3	-20,0%
5	Gesundheit	446,9	468,2	+21,3	+4,8%	306,8	320,9	+14,1	+4,6%
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	180,1	195,1	+15,0	+8,3%	27,5	22,9	-4,6	-16,8%
7	Wirtschaftsförderung	148,5	168,8	+20,3	+13,7%	7,7	22,8	+15,1	+196,4%
8	Dienstleistungen	15,9	26,1	+10,2	+64,0%	8,8	14,9	+6,1	+69,4%
9	Finanzwirtschaft	311,9	265,1	-46,8	-15,0%	1.320,9	1.430,4	+109,5	+8,3%
<b>0-9</b>	<b>Summe</b>	<b>2.646,9</b>	<b>2.776,9</b>	<b>+129,9</b>	<b>+4,9%</b>	<b>2.646,9</b>	<b>2.717,6</b>	<b>+70,7</b>	<b>+2,7%</b>

Ausgaben-/  
Einnahmenvergleich  
2008/09

Die Gesamtausgaben des Jahres 2009 haben sich gegenüber dem Rechnungsjahr 2008 um 129,9 Mio. € oder 4,9 % erhöht. Dieser Entwicklung konnten die Gesamteinnahmen, welche sich im Jahr

2009 lediglich um 70,7 Mio. € oder 2,7 % erhöht haben, nicht folgen.

Gruppe 2

In der Gruppe 2 waren große Ausgabensteigerungen insbesondere bei den Lehrpersonalkosten mit 15,1 Mio. € und den Leistungen für Pensionen der Landeslehrer mit 5,4 Mio. € zu verzeichnen. Diesen Positionen stehen allerdings auch Mehreinnahmen des Bundes in etwa derselben Höhe gegenüber.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich weiters die Ausgaben für die Kindergärten (Kinderbetreuung) mit 5,5 Mio. € sowie die Zuwendungen für hochschulische Einrichtungen (Fachhochschulen, MCI) mit 5,1 Mio. € deutlich erhöht.

Gruppe 3

Die Gesamtausgaben der Gruppe 3 waren um 22,3 % höher als im Vorjahr. Diese relativ hohe Steigerung war insbesondere auf zwei Baumaßnahmen im Museumsbereich zurückzuführen. So wurden für das Bergisel Museum um 7,4 Mio. € und für die Generalsanierung des Volkskunstmuseums um 3,3 Mio. € mehr verausgabt als im Vorjahr.

Gruppe 4

Größere Ausgabensteigerungen waren auch in der Gruppe 4 und hierbei vor allem bei den Abschnitten 41 „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ mit + 35,4 Mio. € und „46 Familienpolitische Maßnahmen“ mit + 12,2 Mio. € festzustellen. Der Abschnitt 48 „Wohnbauförderung“ hatte jedoch, im Gegensatz zu den Vorjahren, mit - 9,9 Mio. € einen Rückgang zu verzeichnen.

Die deutlichen Steigerungen im Sozialbereich haben auch entsprechende Auswirkungen auf der Einnahmenseite. Gegenüber dem Vorjahr betragen die Einnahmensteigerungen insg. 17,5 Mio. €, wobei allein die höheren Gemeindebeiträge insg. 9,3 Mio. € ausmachten. Ein Einnahmenrückgang ist hingegen durch den Entfall des Kinderregresses<sup>2</sup> bei der stationären Pflege zu verzeichnen. Den Einnahmenausfall aus diesen Kostenersätzen (lt. Berechnungen der Abteilung Soziales betrug dieser im Jahr 2009 rd. 4,0 Mio. €) haben seither die beitragspflichtigen Gebietskörperschaften Land und Gemeinden zu kompensieren.

Gruppe 5

In der Gruppe 5 waren insbesondere die Abschnitte 56 „Krankenanstalten anderer Rechtsträger“ mit + 16,7 Mio. € und 59 „Gesundheit – Sonstiges“ mit + 14,4 Mio. € maßgeblich für die Ausgabener-

---

<sup>2</sup> Änderung des Tiroler Grundsicherungsgesetzes mit LGBl. Nr. 71/2008. Diese Gesetzesänderung trat mit 1.1.2009 in Kraft.

höhungen verantwortlich. Die Ausgaben des erstgenannten Abschnittes beziehen sich durchwegs auf die Personalausgaben der Landeskrankenhäuser.

Gruppe 7

Die relativ deutlichen Erhöhungen der Ausgaben und Einnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung waren insbesondere durch eine bestimmte Maßnahme im Rahmen des Infrastrukturförderungsprogramms Tirol (Teilabschnitt 79000) verursacht. Mit Regierungsbeschluss vom 24.11.2009 hat die Tiroler Landesregierung 20 Darlehen im Gesamtausmaß von 15,3 Mio. €, welche in den Jahren 2003 und 2004 den Trägern von Alters-, Wohn- und Pflegeheimen für die Errichtung von Pflegeplätzen gewährt wurden, in einen verlorenen Zuschuss umgewandelt. Ein Zahlungsfluss erfolgte durch diesen Tilgungsverzicht nicht. Die buchhalterische Abwicklung hatte jedoch im erwähnten Teilabschnitt entsprechende Mehrausgaben und Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr zur Folge.

Gruppe 9

Der im Vergleich zum Vorjahr deutliche Ausgabenrückgang in der Gruppe 9 war im Wesentlichen von geringeren Zuführungen zur Haushaltsrücklage (- 33,8 Mio. €) verursacht. Weiters waren deutlich geringere Ausgaben bei den Gemeinde-Bedarfszuweisungen (- 4,5 Mio. €) und den Darlehensrückzahlungen (- 10,1 Mio. €) zu verzeichnen.

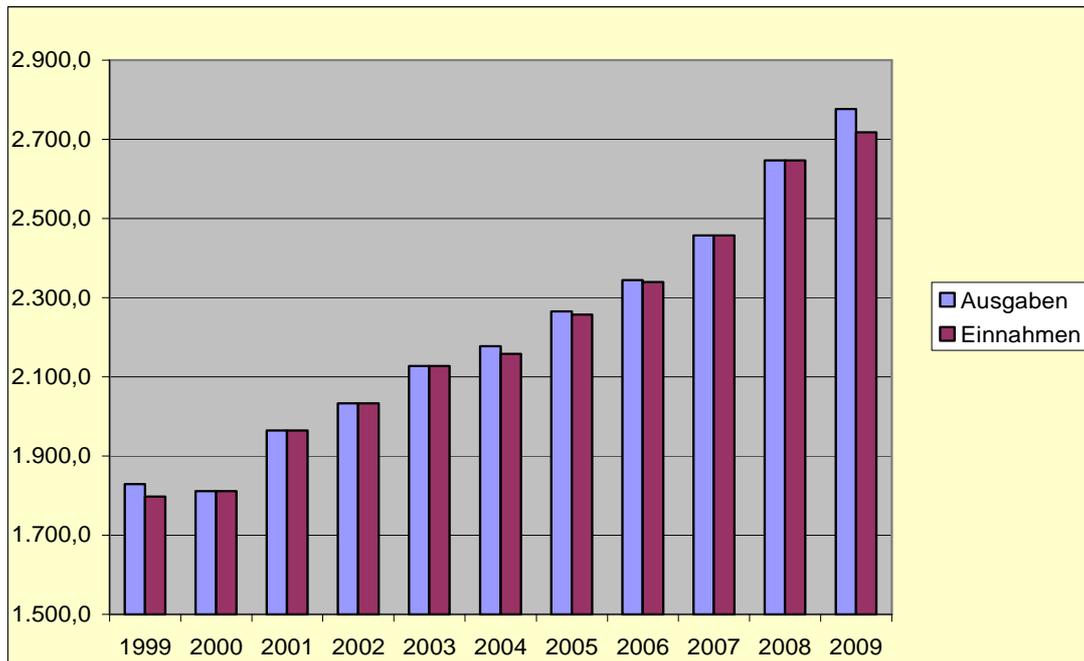
Einnahmen

Wenn auf der Einnahmenseite in der Gruppe 4 ein deutlicher Einnahmenrückgang und in der Gruppe 9 eine deutliche Einnahmenerhöhung ausgewiesen wird, so hängt dies - wie bereits erwähnt - im Wesentlichen mit der Umwandlung der Transferleistungen des Bundes (Wegfall des WBF-Zweckzuschusses) in Ertragsanteile zusammen.

### **2.1.3 Mehrjähriger Vergleich**

In nachfolgender Grafik wird ein längerfristiger Vergleich der Ausgaben und Einnahmen des o. Haushaltes dargestellt:

## Vergleich 1999 - 2009



## Abgang

Das Land Tirol hat im Vergleichszeitraum im o. Haushalt teils geringfügige Abgänge in den Jahren 1999, 2004, 2005 und 2006 sowie einen beträchtlichen Abgang im Jahr 2009 ausgewiesen. In den übrigen Jahren war der o. Haushalt ausgeglichen abgeschlossen.

Die Abgänge aus Vorjahren sind iSd VRV<sup>3</sup> spätestens im VA des zweitnächsten Finanzjahres zu veranschlagen. Diese Regelung ist für die Länder zwar nicht zwingend anzuwenden, das Land Tirol kam dieser Empfehlung bisher jedoch stets nach. Der LRH weist darauf hin, dass die Abdeckung des Abganges 2009 aus Liquiditätsgründen bereits im VA 2010 mit 57,0 Mio. € budgetiert ist. Die entsprechende Verrechnung erfolgt über den a.o. Haushalt (VSt. 5/990008-7298111 „Abdeckung Abgang Vorjahre“).

langfristige  
Entwicklung

In den letzten zehn Jahren haben sich die Ausgaben- und Einnahmenvolumina deutlich erhöht. Im Vergleich zum Jahr 1999 betragen die Steigerungen bei den Ausgaben insg. 947,3 Mio. € oder 51,8 % und bei den Einnahmen insg. 920,2 Mio. € oder 51,2 %.

<sup>3</sup> Verordnung des Bundesministers für Finanzen mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden (VRV 1997 - VRV 1997), BGBl. Nr. 787/1996 idF BGBl. II Nr. 118/2007.

## Sozialbereich

Die absolut größte Ausgabensteigerung war in den letzten zehn Jahren im Sozialbereich zu verzeichnen. Aufgrund der demographischen Entwicklungen waren insbesondere die Vorsorgemaßnahmen für die ältere Generation und für Menschen mit Behinderung stark im Steigen begriffen.

Im Abschnitt 41 „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ waren die Ausgaben im Jahr 2009 um insg. 166,6 Mio. € oder 90,6 % höher als vor zehn Jahren. Sie haben sich somit in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Die deutlichen Ausgabensteigerungen waren insbesondere durch die Bereiche Alten- und Pflegeheime (+ 70,7 Mio. € oder + 79,8 %) und Behindertenhilfe (+ 69,5 Mio. € oder + 130,3 %) verursacht.

In den beiden genannten Bereichen wird weiterhin mit einem hohen Mitteleinsatz zu rechnen sein. Einerseits nehmen die Leistungsbezieher und die Leistungen sowie andererseits die Personalkosten der betreffenden Einrichtungen zu. Um eine sozialpolitische Steuerbarkeit des Hilfssystems und eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu gewährleisten, wird in der Abteilung Soziales derzeit u.a. an einer Neustrukturierung der Behindertenhilfe (Neuschaffung einer rechtlichen Ordnung) gearbeitet.

Das Land Tirol hat die Ausgaben im Sozialbereich letztlich nicht zur Gänze zu tragen, sondern erhält Rückersätze verschiedener Verpflichteter sowie Beiträge aller Gemeinden. Dementsprechend sind im gleichen Zeitraum auch auf der Einnahmenseite Steigerungen, wenn auch im geringeren Ausmaß, festzustellen.

Landeskranken-  
anstalten;  
Gesundheitsfonds

Im zehnjährigen Vergleich war auch der Gesundheitsbereich von deutlichen Ausgabensteigerungen gekennzeichnet. So haben sich von 1999 - 2009 die Personalausgaben der Landeskrankenanstalten (einschl. Pensionsausgaben) um 105,4 Mio. € oder 53,4 % auf 302,8 Mio. € sowie die Zuweisungen an den Tiroler Gesundheitsfonds (früher: Tiroler Krankenanstaltenfinanzierungsfonds) um 39,6 Mio. € oder 55,1 % auf 111,4 Mio. € erhöht.

Die Personalausgaben der Landesbediensteten, die per Gesetz der TILAK zur Dienstleistung zugewiesen sind, hat letztlich die TILAK in voller Höhe zu tragen. Diese Rückersätze sind daher auf der Einnahmenseite des Landeshaushaltes in derselben Höhe ausgewiesen.

Personal- und Pensionsausgaben Die Steigerungsrate bei den Personalausgaben des Landes Tirol war im Vergleich zu den Gesamtausgaben deutlich geringer. Die gesamten Personalausgaben (brutto) haben sich in den letzten zehn Jahren von 601,1 Mio. € um 38,5 % auf 832,8 Mio. € erhöht. Unter Berücksichtigung der Ersätze (Lehrer, TILAK) hatte das Land Tirol letztlich im Jahr 1999 insg. 159,5 Mio. € und im Jahr 2009 insg. 214,9 Mio. € (= + 34,7 %) zu tragen.

Die Gesamtausgaben für Pensionen und sonstigen Ruhebezüge haben sich im Vergleichszeitraum von 121,5 Mio. € um 54,8 % auf 188,1 Mio. € erhöht. Die Nettoausgaben betragen in diesen beiden Jahren 36,9 Mio. € (1999) und 56,1 Mio. € (2009). Dies entspricht einer Steigerung von +52,3 %

Kontinuierlich erhöht haben sich im Vergleichszeitraum auch die Leistungen für den Straßen- und Schienenverkehr. Betragen die Ausgaben für diese Bereiche im Jahr 1999 insg. 16,1 Mio. €, so stehen diese im Jahr 2009 mit insg. 69,5 Mio. € zu Buche. Diese relativ hohe Steigerung (+ 330,2 %) ist insbesondere auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (Verkehrsverbund Tirol) zurückzuführen.

Einnahmen nach FAG Abgesehen von den vorhin erwähnten Bereichen, die nicht nur Ausgaben-, sondern auch beträchtliche Einnahmesteigerungen verursachten, war die Einnahmenseite insbesondere von der Entwicklung der Steuereinnahmen und der Finanzaufweisungen und Zuschüsse nach dem FAG beeinflusst. Der Einnahmewachstum aus diesen Bereichen betrug in den letzten zehn Jahren insg. 490,5 Mio. €, das entspricht 76,1 %. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben und den Zuschüssen nach dem FAG stehen im Jahr 2009 mit insg. 1.135,0 Mio. € zu Buche.

#### **2.1.4 Abgabenertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben**

---

Gemeinschaftliche Bundesabgaben Rund 85 % des gesamten Abgabenaufkommens in Österreich fallen in die Kategorie der gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Sie werden vom Bund beschlossen und eingehoben. Der Anteil der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wird im FAG 2008 bestimmt.

Im Jahr 2009 betrug das Gesamtaufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben 61,6 Mrd. €, dies stellt im Vergleich zum Jahr 2008 einen Rückgang von 3,9 Mrd. € oder 6,0 % dar.

#### Aufteilung

Die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben erfolgt nach dem FAG 2008 in einem mehrstufigen Verfahren mittels einheitlicher Verteilungsschlüssel. Die Anteile der Länder und Gemeinden werden während der laufenden Finanzausgleichsperiode stufenweise erhöht. Für die Jahre 2009 und 2010 wird das Gesamtaufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben folgendermaßen verteilt:

- Bund: 67,8 %
- Länder: 20,5 %
- Gemeinden: 11,7 %

Für das Jahr 2009 erhielten die Länder (einschließlich Wien) 12,1 Mrd. € an gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Das Land Tirol konnte hiervon 1,0 Mrd. € oder 8,5 % einnehmen. Die folgende Darstellung zeigt die Verteilung der vom Land Tirol vereinnahmten Abgabenertragsanteile in den Jahren 2008 und 2009:

#### Anteil des Landes Tirol an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Beträge in Mio. €)

	2008	2009	Veränd.
<b>Einkommen- und Vermögenssteuern</b>			
Veranlagte Einkommensteuer	34,8	40,0	5,2
Lohnsteuer	284,6	322,8	38,2
Kapitalertragsteuer I	21,6	19,1	-2,5
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	29,9	31,3	1,4
Körperschaftsteuer	81,6	64,2	-17,4
Erbschafts- und Schenkungssteuer	2,1	1,1	-1,1
Stiftungseingangssteuer		0,2	0,2
Wohnbauförderungsbeitrag		51,8	51,8
<b>Summe Einkommen- und Vermögenssteuern</b>	<b>454,7</b>	<b>530,6</b>	<b>75,9</b>
<b>Sonstige Steuern</b>			
Umsatzsteuer	274,2	339,1	64,9
Tabaksteuer	19,4	24,2	4,8
Biersteuer	2,6	3,2	0,6
Mineralölsteuer	53,6	63,7	10,1
Alkoholsteuer, Branntweinaufschlag und Monopolausgleich	1,7	2,2	0,5

	2008	2009	Veränd.
<b>Sonstige Steuern</b>			
Kapitalverkehrssteuern	1,2	1,5	0,3
Energieabgabe	9,8	11,0	1,2
Normverbrauchsabgabe	6,5	7,3	0,8
Versicherungssteuer	14,1	17,3	3,3
Motorbezogene Versicherungssteuer	20,3	25,5	5,2
Kfz-Steuer	0,9	0,9	0,0
Konzessionsabgabe	3,0	3,9	0,9
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>407,1</b>	<b>499,8</b>	<b>92,7</b>
<b>Ertragsanteile insg.</b>	<b>861,8</b>	<b>1.030,4</b>	<b>168,6</b>

Die Steigerung der Abgabenertragsanteile von 168,6 Mio. € im Vergleich zum Jahr 2008 ist größtenteils in den Änderungen des FAG 2008 begründet.

Generell werden die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden in den Jahren 2008 - 2010 um 209,0 Mio. € p.a. erhöht. Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 erstmals auch die Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich und der Investitionsbeitrag für Wohnbau (Wohnbauförderungsbeitrag), Umwelt und Infrastruktur in die Ertragsanteile eingerechnet.

Ab dem Jahr 2009 wurde zudem auch der Wohnbauförderungsbeitrag in eine gemeinschaftliche Bundesabgabe umgeschichtet, die im Verhältnis von 19,45 : 80,55 zwischen dem Bund und den Ländern verteilt wird.

Rückgang der Ertragsanteile im Vergleich zum Präliminare

Trotz des erheblichen Anstiegs der Ertragsanteile im Vergleich zum Jahr 2008, der wie bereits erwähnt größtenteils aus der Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile resultiert, macht sich die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Einnahmenseite massiv bemerkbar. In Summe lagen die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben um 80,4 Mio. € unter dem Präliminare für das Jahr 2009. Auch die Vorschüsse für das Jahr 2010 wichen bis Ende Juni um -4,3 Mio. € oder -0,9 % vom Präliminare ab.

Verrechnungsmodalitäten

Gemäß § 12 Abs. 1 FAG 2008 gebühren den Ländern und Gemeinden monatliche Vorschüsse auf die ihnen zustehenden Ertragsanteile. Die endgültige Abrechnung hat aufgrund des RA des Bundes zu erfolgen.

Da die endgültige Abrechnung der Ertragsanteile erst auf Basis des RA des Bundes erfolgt, weichen die Ergebnisse im RA 2009 (1.056,39 Mio. €) von der obigen Tabelle ab. Die Einnahmen im Haushalt beziehen sich auf die Vorschüsse für das Jahr 2009 und die endgültige Abrechnung für das Jahr 2008, die obige Darstellung zeigt die periodenreinen Ertragsanteile für das Jahr 2009.

### 2.1.5 Budgetpfad 2010 - 2014

Die dynamischen Ausgabenentwicklungen der letzten Jahre in bestimmten Bereichen – wie etwa im Sozial- und Gesundheitsbereich oder beim öffentlichen Personennahverkehr – werden das Land Tirol an die Grenzen der Finanzierbarkeit bringen, wenn es nicht (gegen)steuernde Eingriffe (Stichwort: Struktur- und Aufgabenreformen) vornimmt. Andererseits hatte und hat auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise spürbare Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte.

Budget 2010

Die genannten Entwicklungen sind sowohl im RA 2009 als auch im, vom Tiroler Landtag am 17.12.2009 beschlossenen, Landesbudget für das Jahr 2010 deutlich erkennbar. Das Budget 2010 sieht u.a. einen Abgang im o. Haushalt von 188,8 Mio. € (gegenüber 57,7 Mio. € im Jahr 2009) sowie eine Darlehensaufnahme von 139,5 Mio. € (gegenüber 55,1 Mio. € im Jahr 2009) vor.

mittelfristige Budgetvorschau bis 2014

Auch die mittelfristige Budgetvorschau des Tiroler Landeshaushaltes bis 2014 zeigt ohne budgetsteuernde Eingriffe eine Abgangsentwicklung auf 219,4 Mio. € pro Jahr sowie eine Erhöhung der Gesamtverschuldung des Landes Tiroler auf 954,7 Mio. € (!) auf.

Budgetpfad 2010 - 2014

Die Tiroler Landesregierung hat daher einen Konsolidierungsbedarf erkannt und am 15.6.2010 den Budgetpfad 2010 - 2014 beschlossen. Diesem war die Überlegung unterstellt, dass die Einnahmen vom Land Tirol kaum beeinflussbar sind und eine Konsolidierung des Landeshaushaltes vorrangig nur durch eine Eingrenzung der

Ausgabendynamik erreicht werden kann.

Insbesondere durch die Einführung von Obergrenzen bei der Steigerung der Pflichtausgaben sowie die Ausgabennivellierung und Prioritätensetzungen im Förderungs- und Investitionsbereich sollten bis zum Jahr 2014 eine schrittweise Senkung des Abganges und eine Verringerung des Schuldenzuwachses erfolgen. Im Wesentlichen sollen die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden ohne die volkswirtschaftliche Gesamtverantwortung außer Acht zu lassen.

Das Konsolidierungsprogramm des Landes Tirol sieht bis zum Jahr 2014 eine kontinuierliche Senkung des jährlichen Abgangs um 173,9 Mio. € auf 14,8 Mio. € und eine Darlehensaufnahme von 168,8 Mio. € vor.

Der LRH anerkennt die Bemühungen um eine Konsolidierung des Landesbudgets. Zur Erreichung dieses ambitionierten Sparzieles werden jedoch nicht nur im Budgetvollzug strengste Maßstäbe anzuwenden, sondern in bestimmten Bereichen auch Strukturreformen notwendig sein. Das Limitieren von Ausgaben allein wird in einzelnen Bereichen nicht ausreichen.

## **2.2 Außerordentlicher Haushalt**

Im a.o. Haushalt werden jene Ausgaben veranschlagt, die der Art nach nur vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen (Budget)Rahmen erheblich überschreiten. Diese Ausgaben werden durch a.o. Einnahmen finanziert. Der Abschluss des a.o. Haushaltes weist für das Haushaltsjahr 2009 inkl. der Voranschlagsveränderungen folgendes Bild auf:

Abschluss des a.o. Haushaltes 2009 (Beträge in Mio. €)

Programm	VA	RA	Mehrausgaben (+) Minderausgaben (-)
Sonstige Ausbau- und Finanzierungsprogramme	50,94	53,97	3,03
Krankenhausausbau	52,76	43,61	-9,16
SP Verkehrserschließung	7,04	7,04	0,00
<b>Summe</b>	<b>110,74</b>	<b>104,61</b>	<b>-6,13</b>

Hochbau	Für Hochbauprojekte des Landes Tirol waren im a.o. Haushalt des Jahres 2009 inkl. der Voranschlagsveränderungen 7,59 Mio. € budgetiert. Die Ausgaben betragen insg. 4,03 Mio. €, neue Rücklagen wurden über 3,56 Mio. € gebildet.
Landhaus 1	Die Arbeiten an den parallelen Projekten „Neubau- und Generalsanierung Landhaus 1“ und „Begleitende Maßnahmen Landhaus 1“ wurden im Jahr 2009 mit Ausnahme von verschiedenen Brandschutzmaßnahmen abgeschlossen. Im Haushaltsjahr 2009 wurden dafür 3,50 Mio. € ausgegeben. Die Fertigstellung der Brandschutzmaßnahmen und die Abrechnung der beiden Projekte „Landhaus 1“ ist im Jahr 2010 mit der bereits erwähnten Rücklage in der Höhe von 3,56 Mio. € vorgesehen.
BH Innsbruck	Die Baumaßnahmen für die Erweiterung und Sanierung der BH Innsbruck wurden im März 2009 beendet aber noch nicht abgerechnet. Durch unvorhersehbare und erforderliche Zusatzleistungen stehen dem im Frühjahr 2006 adaptierten Kostenrahmen von 3,80 Mio. € prognostizierte Errichtungskosten in der Höhe von 4,57 Mio. € gegenüber.
Rettungs- und Warndienste	Die Projekte „Digitalfunk BOS Austria“, „WAS - Warn- und Alarmierungssystem“ und „ILL – Leitstelle Tirol GmbH“ wurden zum Großteil bereits in den Vorjahren implementiert und in Betrieb genommen.
Digitales Bündelfunknetz	Zur weiteren Optimierung des digitalen Bündelfunknetzes wurden im Jahr 2009 zusätzliche Funkstandorte errichtet. Die Ausgaben für den Digitalfunk betragen im Haushaltsjahr 2009 0,32 Mio. €. Der Jahresverfügungsrest von 0,77 Mio. € wurde einer Rücklage zugeführt.
Warn- und Alarmierungssystem	Die Abrechnung für das Warn- und Alarmierungssystem verzögerte sich aufgrund verschiedener Mängel bis zum Jahr 2010. Die Budgetmittel in der Höhe von 1,00 Mio. € wurden daher nur zu rd. 40 % ausgeschöpft und der Restbetrag in der Höhe von 0,60 Mio. € in eine neuerliche Rücklage übertragen.
Leitstelle Tirol GmbH	Für erforderliche Nachrüstarbeiten im Bereich Klima- und Lüftungstechnik des Leitstellengebäudes wurden im Rechnungsjahr 2009 vom a.o. Haushalt des Landes Tirol 0,21 Mio. € ausgegeben und 0,09 Mio. € für Restarbeiten und Abrechnung einer Rücklage zugeführt.

Regional- und  
Straßenbahn

Der Tiroler Landtag genehmigte im Mai 2004 einen Beschluss der Tiroler Landesregierung, mit dem u.a. ein Regionalbahn- und ein Regionalbussystem im Großraum Innsbruck mit 46,5 Mio. € mitfinanziert werden soll. Neben Infrastrukturmaßnahmen umfasst der inzwischen mehrfach geänderte Beschluss die Finanzierung von Fahrbetriebsmitteln für die Stubaitalbahn (6 Fahrzeuge), für die Straßenbahn (16 Fahrzeuge) und für die künftige Straßenbahnlinie „O“ (10 Fahrzeuge). Alle 32 Fahrzeuge wurden zwischenzeitlich geliefert und werden bis zur Betriebsaufnahme der künftigen Straßenbahnlinie „O“ als Fahrbetriebsmittel für die Stubaitalbahn und für die bestehenden Straßenbahnlinien eingesetzt.

Der geänderte VA 2009 sah für die Finanzpositionen „Fahrbetriebsmittel“ und „Regionalbahn“ Budgetmittel in der Höhe von 16,33 Mio. € vor. Für sogenannte Vorhaltekosten und Fahrbetriebsmittel (Stubaitalbahn und Straßenbahn) wurden 6,12 Mio. € aufgewendet. Für die Umsetzung des Projektes Regionalbahn wurden im Haushaltsjahr 2009 keine wesentlichen Aktivitäten gesetzt, ein Betrag von rd. 3,08 Mio. € wurde aus diesem Budgetansatz jedoch für die Restzahlungen (3. und 4. Rate) der Fahrbetriebsmittel der künftigen Straßenbahnlinie „O“ ausgegeben. Der Jahresverfügungsrest in der Höhe von 7,13 Mio. € wurde wiederum einer Rücklage zugeführt.

Bis Ende 2009 stellte das Land Tirol einen Betrag von 33,71 Mio. € für die Anschaffung der erwähnten Fahrbetriebsmittel zur Verfügung. Für den Ankauf von Fahrzeugausstattungen und Ersatzteilen ist eine Restrate in der Höhe von 1,24 Mio. € in den Jahren 2010 und 2011 vorgesehen.

## BBT-SE

Die Beschlusslage über das finanzielle Engagement des Landes Tirol für die Beteiligung an der „BBT-SE“ und die Errichtung des Pilotstollens für den BBT-SE wies mit Ende 2009 Finanzierungszusagen in der Höhe von 70,72 Mio. € aus. Im Haushaltsjahr 2009 stand durch die Auflösung der Rücklage ein Budget in der Höhe von 20,63 Mio. € für den BBT-SE zur Verfügung. Die BBT-SE hat im Jahr 2009 den Betrag von 8,00 Mio. € abgerufen und der verbleibende Verfügungsrest wurde wiederum in eine Rücklage übertragen.

Bis Ende 2009 hat das Land Tirol nach dem aktuell vorliegenden Liquiditätsplan Finanzierungsbeiträge in der Höhe von 38,63 Mio. € (Phase II und IIa) an die BBT-SE geleistet. Der Erwerb der Gesellschaftsanteile ist in diesem Betrag nicht enthalten.

Krankenhaus- ausbauprogramm	Die TILAK GmbH finanzierte über den a.o. Haushalt des Landes Tirol im Rechnungsjahr 2009 Bauinvestitionen in der Höhe von 43,61 Mio. €. Der VA 2009 wurde dabei um 9,16 Mio. € unterschritten. Die größten Abweichungen gab es bei folgenden Projekten:
Landespflegeklinik	Für die Erweiterung der Landespflegeklinik in Hall stand im a.o. Haushalt 2009 1,00 Mio. € zur Verfügung. Der Vorstand der TILAK entschied das Bauvorhaben für die Erweiterung der Landespflegeklinik, den Neubau der Forensik inkl. Tiefgarage gemeinsam auszuführen und für die architektonische Bearbeitung ein zweistufiges Verhandlungsverfahren durchzuführen. Dies führte zu Verzögerungen beim Projektstart und zu geringen Ausgaben im Jahr 2009. Durch die Bildung einer Rücklage in der Höhe von 4,00 Mio. € ergaben sich jedoch Mehrausgaben von 3,04 Mio. €, die innerhalb der Deckungsklasse 591 ausgeglichen wurden. Der gesamte Kostenrahmen „BK 0“ für dieses Projekt beträgt 19,41 Mio. € (Kostengenauigkeit +/- 30 %).
Innere Medizin, Neubau Südtrakt	Das Bauprogramm Klinik 2015 sieht den Abriss und Neubau der Inneren Medizin-Südtrakt vor. Der diesbezügliche Architekturwettbewerb ergab im Dezember 2008 zwei Siegerprojekte. Die TILAK führte mit beiden Wettbewerbssiegern ein Verhandlungsverfahren und erteilte zwischenzeitlich den Zuschlag für die Planungsarbeiten. Diese Verzögerungen führten bei einem vorgesehenen Budgetrahmen von 2,00 Mio. € zu Minderausgaben von 1,78 Mio. €.
Empfehlung an die TILAK	Zur Vermeidung von Planungskosten für Umplanungen, empfiehlt der LRH der TILAK, die weiteren Planungsarbeiten beim Projekt Innere Medizin-Südtrakt nur bei Vorliegen des endgültigen Raum- und Funktionsprogramms weiter zu führen.
Sanierung Innere Medizin	Die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen im Gebäude Innere Medizin-Nord ist vor dem Abbruch des Südtraktes erforderlich. Von den dafür vorgesehenen Budgetmitteln wurden im Jahr 2009 2,59 Mio. € für Interimslösungen (z.B. Dienstzimmer, Stoffwechsellabor) sowie für bereits endgültige Baumaßnahmen (Labore für Molekulare Genetik, Rheumatologie und Infektiologie/Immunologie) ausgegeben und der Betrag von 1,4 Mio. € einer Rücklage zugeführt.
	Das Gesamtbudget Innere Medizin beträgt inkl. den Vorprojekten und den Umschichtungen aus zwei Unterprojekten 79,12 Mio. €.

Psychiatrie	Die Generalsanierung der Bettenstation im Altbau G1 des Gebäudes der Psychiatrie und der Einbau eines neuen „Rückgrates“ von den teilweise neuen Technikzentralen im Südtrakt G5 wurde termingerecht im Herbst 2009 abgeschlossen (Ausbaustufe I). Die Minderausgaben von 1,79 Mio. € sind auf die zum Teil noch offenen Abrechnungen dieser Bauvorhaben zurückzuführen. Als Gesamtkosten für die drei Ausbaustufen der Sanierung Psychiatrie inkl. der Vorprojekte sind 14,55 Mio. € vorgesehen.
KHZ, Bauabschnitt I	Die Stationen, Ambulanzen und allgemeinen Bereiche des ersten Bauabschnittes des Kinder-Herz-Zentrums (in weiterer Folge: KHZ) wurden im März/April 2009 und die OP-Bereiche im Juni 2009 in Betrieb genommen. Der Kostenerwartungswert liegt bei rd. 65,00 Mio. € und damit geringfügig außerhalb des bewilligten Budgets in der Höhe von 64,20 Mio. € (BK IIa mit 61,20 Mio. € zzgl. einer Genauigkeit/Reserve von 3,00 Mio. €). Die Minderausgaben von 4,57 Mio. € im Rechnungsjahr 2009 resultieren aus firmenbedingten, verzögerten Bauabrechnungen. Zur Begleichung dieser ausständigen Rechnungen wurde eine Rücklage in der Höhe von 3,50 Mio. € gebildet.
KHZ, Bauabschnitt II	Im Juni 2009 hat der Generalplaner in Abstimmung mit der Abteilung Bau und Technik für den zweiten Bauabschnitt des KHZ Einsparungspotentiale erhoben, da die ursprüngliche Vorentwurfsplanung mit der BK I aufgrund zu hoher Kosten gegenüber den Kostenvorgaben von den Gremien zurückgewiesen wurde. Die TILAK genehmigte für den zweiten Bauabschnitt des KHZ indexierte Projektkosten in der Höhe von 105,30 Mio. € „zzgl. einer Genauigkeit/Reserve von 4,80 Mio. €.“
	Das derzeit genehmigte Gesamtbudget für beide Bauabschnitte KHZ, inkl. Reserven, Überschreitung BA I und Tiefgarage G02 beträgt somit 175,10 Mio. €.
Psychiatrisches Krankenhaus	Parallel mit dem Neubau des „Verwaltungsgebäudes“ wickelte die TILAK das Projekt „Ausweichrechenzentrum“ (Datacenter Hall) am Areal des PKH Hall i. T. ab. Das Projekt wurde termingerecht Ende 2009 fertig gestellt. Durch eine verzögerte Abrechnung wurden die Budgetmittel 2009 in der Höhe von 4,72 Mio. € um 2,11 Mio. € unterschritten.
Sonstige Bauaufwendungen und	In Abstimmung mit der Abteilung Finanzen änderte die TILAK ab dem Budget 2009 für die VAP „Sonstige Bauaufwendungen und Geräteanschaffungen“ das Prinzip einer Bruttobudgetierung

Geräteanschaffungen	(getrennte Darstellung der Einnahmen und Ausgaben) auf eine Abgangsdeckung. In dieser VAP wird somit nur der verbleibende ungedeckte Saldo (Ausgaben abzüglich Einnahmen von Bund, TGF bzw. Drittmittel) dargestellt. Im Rechnungsjahr 2009 betrug die Vorschreibung für „Sonstige Bauaufwendungen und Geräteanschaffungen“ 10,47 Mio. €. Dieser Budgetansatz wurde um 0,39 Mio. € überschritten.
Straßenbau	Nach dem Beschluss des Tiroler Landtags im Dezember 2005 die beiden Sonderprogramme für den Straßenbau auslaufen zu lassen, führte die Straßenbauverwaltung lediglich die damals begonnenen Projekte zu Ende. Im Sonderprogramm „Vorfinanzierung des 10-Jahre Bauprogramms, Landesstraßen B“ fiel im Jahre 2009 nur mehr das Projekt „Umfahrung Brixen im Thale“ mit einer Rate von 3,00 Mio. € an. Der Jahresverfügungsrest in der Höhe von 0,19 Mio. € wurde für Begleichung von Nachtragsforderungen im Bereich der elektromaschinellen Ausrüstungen der Unterflurtrasse einer Rücklage zugeführt.
Sonderprogramm Verkehrssicherheit	Auch aus dem Sonderprogramm „Maßnahmen Verkehrssicherheit 2003 – 2009, Landesstraßen L“ wurden 2009 im Wesentlichen nur mehr die Bauvorhaben „L 24, Umfahrung Matrei i. O.“ und „L 231, Ausbau Obernbergstraße“ mit insg. 2,54 Mio. € bedient.
Ländliches Wegenetz	Der Tiroler Landtag beauftragte die Tiroler Landesregierung im Dezember 2007 ein Programm zur nachhaltigen Erhaltung des ländlichen Wegenetzes zu installieren. Mit Regierungsbeschluss vom 16.9.2008 wurde ein entsprechendes Programm mit einer Dotation von 1,00 Mio. € im o. Haushalt verabschiedet. Im a.o. Haushalt sind für das Rechnungsjahr 2009 als „Sonderprogramm – Hoferschließung“ und für „Zuwendungen für Investitionszwecke an Gemeinden“ insg. 4,50 Mio. € präliminiert.  Die Abteilung Ländlicher Raum errichtete im Jahr 2009 im Rahmen verschiedener Programme insg. rd. 24 km „Öffentliche Interessenstraßen und Güterwege“ und erschloss damit 25 Höfe, welche vorher nicht dauernd mit LKW erreichbar waren. Die Gesamtkosten von 13,40 Mio. € wurden durch EU-Mittel, Bundes- und Landesförderungen sowie Gemeinde- und Interessentenbeiträge finanziert. Die Budgetmittel des a.o. Haushaltes 2009 in der Höhe von 4,50 Mio. € wurden dafür zur Gänze ausgeschöpft.
Einnahmen	Die Finanzierung des a.o. Haushaltes inkl. der Voranschlagsveränderungen im Bereich „Sonstige Ausgaben und Finanzierungspro-

gramme“ erfolgte im Rechnungsjahr 2009 wie folgt:

Zusammenstellung der Gesamteinnahmen des a.o. Haushaltes 2009 (Beträge in Mio. €)

Finanzierung	VA inkl. Veränderungen	RA	Mehreinnahmen (+) Mindereinnahmen (-)
Abwicklung Rückstellungen	30,30	30,30	0,00
Aufnahme von Darlehen	55,14	55,20	+0,06
Beiträge Dritter	21,79	15,58	-6,20
Entnahme aus Rücklagen	3,51	3,51	0,00
Zuführung o. Haushalt	0,00	0,02	+0,02
<b>Summe</b>	<b>110,74</b>	<b>104,61</b>	<b>-6,13</b>

Beiträge Dritter

Die Mindereinnahmen bei den „Beiträgen Dritter“ sind größtenteils auf geringere Zuschüsse des Bundes und des Tiroler Gesundheitsfonds, aufgrund der Minderausgaben im Krankenhausausbauprogramm, zurück zu führen.

Bei den weiteren Positionen der Zusammenstellung über die Gesamteinnahmen des a.o. Haushaltes weist der RA 2009 keine oder nur unwesentliche Abweichungen gegenüber dem VA 2009 auf.

### **3. Haushaltsgliederung nach bestimmten Gesichtspunkten**

#### **3.1 Gliederung nach finanzwirtschaftlichen Kriterien**

Für die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Finanzkennziffern (in weiterer Folge: FKZ) gem. § 20 BHG iVm § 7 Abs. 3 und Anlage 4 VRV ist die Bezifferung der 6. Dekade des Ansatzes maßgebend. Die entsprechenden Nachweise sind im RA 2009 auf den Seiten 306 - 309 dargestellt.

Ausgaben

Die Ausgaben lassen sich demnach in Pflicht- und Ermessensausgaben einteilen. Die geraden FKZ (einschließlich 0) stellen die Pflicht- und die ungeraden FKZ die Ermessensausgaben dar.

Als Pflichtausgaben zählen solche Ausgaben, zu deren Leistung das Land Tirol aufgrund von Gesetzen oder Verordnungen dem Grunde und der Höhe nach verpflichtet ist. Diese Ausgaben sind nicht unmittelbar beeinflussbar. Zu den Pflichtausgaben gehören etwa die Leistungen für das Personal (FKZ 0).

Alle übrigen Ausgaben sind Ermessensausgaben. Sie unterliegen der freien Entscheidung des Landes Tirol und sind im Wesentlichen durch die Vorgaben des VA begrenzt.

Nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederten Ausgaben des o. und a.o. Haushaltes der letzten drei Jahre:

---

Finanzwirtschaftliche Gliederung – Ausgaben Gesamthaushalt

	2007		2008		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Pflichtausgaben	2.020,6	77,9	2.166,1	77,7	2.241,3	77,8
Ermessensausgaben	574,1	22,1	621,9	22,3	640,2	22,2
<b>Summe</b>	<b>2.594,6</b>	<b>100,0</b>	<b>2.788,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.881,5</b>	<b>100,0</b>

---

Das Verhältnis der Pflicht- zu den Ermessensausgaben hat sich in den letzten Jahren kaum geändert. Der Anteil der Pflichtausgaben an den Gesamtausgaben betrug mehr als drei Viertel, wobei der Großteil auf die Personal- und Pensionsausgaben (ausführlicher siehe unter Punkt 4) entfiel.

Vergleich mit Vorjahr    Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pflichtausgaben um 75,2 Mio. € oder 3,5 % deutlicher erhöht als die Ermessensausgaben mit 18,3 Mio. € oder 2,9 %.

Ermessensausgaben    Zu den Ermessensausgaben zählen die Amtssachausgaben (FKZ 1), die Ausgaben für Anlagen (FKZ 3), die Förderungsausgaben (FKZ 5 und 7) sowie die sonstigen Sachausgaben (FKZ 9). Nach-

folgende Darstellung gibt einen Überblick über das Ausmaß und die Verteilung der Ermessensausgaben der letzten drei Jahre:

Ermessensausgaben

	2007		2008		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Amtssachausgaben	26,5	4,6	26,9	4,3	28,1	4,4
Ausgaben für Anlagen	180,5	31,4	134,0	21,5	134,2	21,0
Förderungsausgaben	224,1	39,0	231,6	37,2	264,5	41,3
Sonstige Sachausgaben	143,0	24,9	229,5	36,9	213,5	33,3
<b>Summe</b>	<b>574,1</b>	<b>100,0</b>	<b>621,9</b>	<b>100,0</b>	<b>640,2</b>	<b>100,0</b>

Der Großteil der Ermessensausgaben entfiel auf die Förderungs- und sonstigen Sachausgaben, während die Amtssachausgaben relativ gering waren. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich das Ausmaß und der relative Anteil der Förderungsausgaben deutlich erhöht, während sich die sonstigen Sachausgaben und die Ausgaben für Anlagen verringert haben. Der Anteil der Amtssachausgaben blieb konstant.

Einnahmen

Die Einnahmen lassen sich in Einnahmen mit Zweckwidmung (FKZ 0 - 3) und sonstige Einnahmen (FKZ 4 - 9) einteilen. Zur erstgenannten Gruppe zählen die Einnahmen mit Ausgabenverpflichtung und die zweckgebundenen Einnahmen.

Unter den Einnahmen mit Ausgabenverpflichtung sind jene Einnahmen einzuordnen, die aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung für bestimmte Ausgaben bereitgestellt werden müssen. Die Leistungspflicht ist dem Grunde und der Höhe nach festgelegt. Zweckgebundene Einnahmen sind alle sonstigen Einnahmen mit Zweckwidmung.

Alle nicht zweckgewidmeten Einnahmen sind unter den sonstigen Einnahmen zusammengefasst.

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Gliederung der Einnahmen des o. und a.o. Haushaltes nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:

Finanzwirtschaftliche Gliederung – Einnahmen Gesamthaushalt

	2007		2008		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Einnahmen mit Zweckwidmung	1.237,8	47,7	1.242,1	44,6	1.159,6	41,1
Sonstige Einnahmen	1.356,8	52,3	1.545,9	55,4	1.662,6	58,9
<b>Summe</b>	<b>2.594,6</b>	<b>100,0</b>	<b>2.788,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.822,2</b>	<b>100,0</b>

Die sonstigen Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 116,7 Mio. € oder 7,5 % erhöht, während sich die Einnahmen mit Zweckwidmung um 82,5 Mio. € oder 6,6 % verringert haben. Diese Entwicklung hängt im Wesentlichen mit dem Entfall der Zweckwidmung der Bundeszuschüsse für die Wohnbauförderung (bisher 138,9 Mio. €) zusammen.

### 3.2 Gliederung nach Aufgabenbereichen

Nach § 22 BHG iVm § 7 Abs. 1 lit. b VRV sind gleichartige Einnahmen und Ausgaben nach kulturellen, wirtschaftlichen sowie sonstigen staats- und gesellschaftspolitischen oder funktionellen Gesichtspunkten einem Aufgabenbereich zuzuordnen. Diese Zuordnung dient zu statistischen Auswertungszwecken.

Die Gliederung im Nachweis „Auswertungen nach Aufgabenbereichen 2009“ im RA beruht auf einem von der UNO empfohlenen Systems („UNO-Kennziffern“) und entspricht den Aufgaben, welche von Gebietskörperschaften wahrgenommen werden.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Einnahmen und Ausgaben unterteilt in die verschiedenen Aufgabenbereiche summarisch für den o. und den a.o. Haushalt dar:

Auswertung nach Aufgabenbereichen (Beträge in Mio. €)

Kennziffer	Aufgabenbereich	Ausgaben	Einnahmen	Saldo
11	Erziehung und Unterricht	423,7	329,5	-94,2
12	Forschung und Wissenschaft	17,4	4,1	-13,3
13	Kunst	98,5	30,5	-67,9
14	Kultus	2,8	0,2	-2,5
21	Gesundheit	513,9	337,9	-176,0
22	Soziale Wohlfahrt	470,8	246,1	-224,6
23	Wohnungsbau	261,3	143,6	-117,7
32	Straßen	150,4	21,3	-129,1
33	Sonstiger Verkehr	48,5	9,5	-39,0
34	Land- und Forstwirtschaft	82,4	4,1	-78,3
35	Energiewirtschaft (Elektrizität, Gas, Wasser)	5,6	5,3	-0,3
36	Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)	51,8	17,2	-34,6
37	Öffentliche Dienstleistungen	8,3	6,6	-1,8
38	Private Dienstleistungen (einschl. Handel)	69,4	4,8	-64,7
41	Landesverteidigung	0,0	0,0	0,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	11,1	2,4	-8,7
43	Übrige Hoheitsverwaltung	665,6	1.718,4	1.052,8
<b>Summe</b>		<b>2.881,5</b>	<b>2.881,5</b>	<b>0,0</b>

Übrige  
Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ stellt sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig die betragsmäßig bedeutendste Position dar. Auf der Ausgabenseite liegen die Schwerpunkte in sämtlichen Ausgaben der Gruppe „Finanzwirtschaft“ (285,7 Mio. €), in der Gruppe „Vertretungskörper und „allgemeine Verwaltung“ (264,3 Mio. €), sowie in den Pensionsleistungen für die Landeslehrer (111,6 Mio. €).

Einnahmenseitig dominieren die öffentlichen Abgaben (1.121,1 Mio. €), die Finanzaufweisungen und Zuschüsse (113,0 Mio. €) sowie die Umlagen (47,7 Mio. €) der Gruppe „Finanzwirtschaft“. Auch der Abgang des Jahres 2009 (59,3 Mio. €) wurde als Einnahme verbucht.

Generell werden mit dem positiven Saldo aus dem Aufgabenbereich der „Übrigen Hoheitsverwaltung“ die negativen Saldi aus den übrigen Bereichen ausgeglichen.

Gesundheit

Die Personalkosten der TILAK (303,1 Mio. €) bestimmen im Wesentlichen das Finanzvolumen des Aufgabenbereiches „Gesundheit“. Des Weiteren sind der Betriebsabgang und die Betriebszuschüsse der TILAK (21,2 Mio. €) sowie die bauliche Errichtung und Ausgestaltung von TILAK-Liegenschaften (38,7 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus werden in diesem Aufgabenbereich die Ausgaben an den Tiroler Gesundheitsfonds (111,4 Mio. €) verrechnet.

Die Personalkosten der TILAK werden in vollem Umfang auf der Einnahmenseite als Rückersätze ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag von € 309.200,- im Bereich des A.ö. Landeskrankenhauses Innsbruck erklärt sich aus der Zuführung einer Rücklage für die Ausgleichstaxe nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, die erst im Folgejahr zur Auszahlung gelangt.

Soziale Wohlfahrt

Der Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt“ stellt mit 470,8 Mio. € einen weiteren Ausgabenschwerpunkt in der Gliederung nach funktionellen Gesichtspunkten dar. Die Ausgaben im Jahr 2009 betragen

- für die „Allgemeine öffentliche Wohlfahrt“ 350,6 Mio. €,
- für die „Freie Wohlfahrt“ 25,5 Mio. €,
- für die „Jugendwohlfahrt“ 33,5 Mio. €,
- für die „Behebung von Notständen“ 0,5 Mio. €,
- für „Sozialpolitische Maßnahmen“ 12,2 Mio. €  
sowie
- für „Familienpolitische Maßnahmen“ 44,4 Mio. €.

Im a.o. Haushalt war im Aufgabenbereich der „Sozialen Wohlfahrt“ die Bildung einer Rücklage für die Erweiterung der Landespflegeklinik mit 4,0 Mio. € zu verzeichnen.

Auf der Einnahmenseite sind vor allem die Ersätze von Unterstützten und Drittverpflichteten, Sozialversicherungsträgern und sonstigen Kostenträgern sowie die Beiträge von Bund und Gemeinden und die Straf gelder gem. § 15 VStG von Relevanz.

Nettosozialaufwand

Die Ausgabenüberschüsse (Nettosozialaufwand) werden nach den jeweiligen gesetzlichen Grundlagen zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt. Die folgende Tabelle zeigt den Nettosozialaufwand für das Jahr 2009:

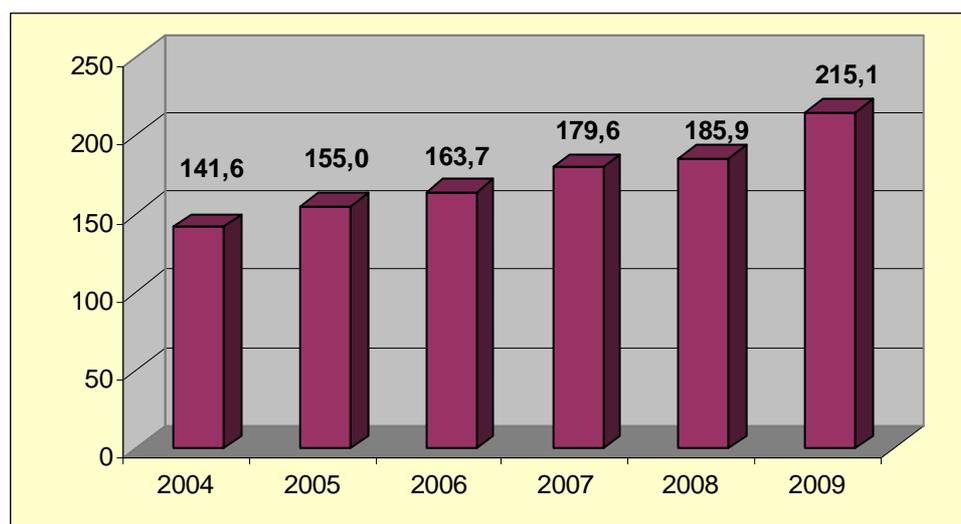
Nettosozialaufwand 2009 (Beträge in Mio. €)

	Ausgaben	Einnahmen	Nettoaufwand	Strafgelder	Anteil Land	Anteil Gemeinden
Hoheitliche Grundsicherung	28,1	2,4	25,7	7,2	14,2	4,3
Privatrechtliche Grundsicherung	108,8	56,9	51,9		33,7	18,2
Behindertenhilfe	115,2	8,3	106,9		69,5	37,4
Landespflegegeld	28,8	0,9	27,9		18,2	9,7
Grundversorgung			2,2		1,4	0,8
Frauenhäuser			0,5		0,3	0,2
<b>Summe</b>	<b>280,9</b>	<b>68,5</b>	<b>215,1</b>	<b>7,2</b>	<b>137,3</b>	<b>70,6</b>

längerfristige Entwicklung

Der Bereich der Behindertenhilfe verursachte rd. die Hälfte am Nettoaufwand (49,7 %), hier war im Vergleich zum Vorjahr zudem ein Anstieg von 11,6 Mio. € oder 12,1 % zu verzeichnen. Auch der gesamte Nettosozialaufwand war im Jahr 2009 einer Steigerung von 29,2 Mio. € oder 15,7 % im Vergleich zum Rechnungsjahr 2008 unterworfen. Noch deutlicher werden die Steigerungen des Nettoaufwandes im längerfristigen Vergleich.

Entwicklung Nettosozialaufwand 2004 – 2009 (Beträge in Mio. €)



Im Betrachtungszeitraum 2004 - 2009 erhöhte sich der Nettosozialaufwand um 73,5 Mio. € oder 51,9 %. Der geringe Anstieg von 2007 auf 2008 resultiert aus einer Nachverrechnung im Bereich der

Grundversorgung.<sup>4</sup>

Budgetpfad  
2010 - 2014

Auf Basis des Budgetpfades 2010 - 2014 versucht die Tiroler Landesregierung, dieser drastischen Ausgabensteigerung mithilfe von Obergrenzen bei der Steigerung im Bereich der Pflichtausgaben und Prioritätensetzungen bei den Ermessensausgaben entgegen zu wirken. Bei den Pflichtausgaben im Bereich der Sozialen Wohlfahrt wurde im Rahmen des Budgetpfades bis 2014 für die Erstellung der Voranschläge 2012 - 2014 eine jährliche Ausgabensteigerung von 3,0 % zu Grunde gelegt.

Erziehung und  
Unterricht

Die Personalkosten der Landeslehrer beeinflussen zum Großteil die Ausgaben und Einnahmen für den Aufgabenbereich „Erziehung und Unterricht“. Die Leistungen für die Landeslehrer betragen im Jahr 2009 330,9 Mio. €. Nach dem FAG 2008 erstattet der Bund dem Land Tirol den überwiegenden Anteil dieser Kosten zurück. An den berufsbildenden Pflichtschulen und den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen betragen die Rückersätze jedoch lediglich 50 % der Personalkosten der Landeslehrer. In Summe betragen die Ersätze 307,1 Mio. €, d.h. 23,8 Mio. € waren als Nettoaufwand vom Land Tirol zu tragen.

Wohnungsbau

Der Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ im Nachweis der Auswertungen nach Aufgabenbereichen für das Jahr 2009 stellt die Ausgaben von 261,3 Mio. € für die Wohnbauförderung dar. Die Ausgabenschwerpunkte lagen hierbei in

- der Neubauförderung (199,7 Mio. €),
- der Förderung der Wohnhaussanierung (38,6 Mio. €) sowie
- der Förderung von Maßnahmen nach § 15 TWFG 1991<sup>5</sup> (18,5 Mio. €).

Im Vergleich zum Jahr 2008 war eine Verringerung der Ausgaben um 9,9 Mio. € oder 3,7 % zu verzeichnen.

Die Einnahmenseite des Aufgabenbereichs „Wohnungsbau“ besteht aus den wohnbauförderungsrelevanten Einnahmen von 143,6 Mio. €. Der Großteil hiervon resultiert aus Darlehensrückzahlungen und Zinserträgen. Der markante Rückgang von 124,6 Mio. € oder 46,5 % im Vergleich zum Vorjahr ist vornehmlich in der

---

<sup>4</sup> siehe Bericht des LRH vom 27.5.2009 über den RA 2008

<sup>5</sup> z.B. Erwerb von Wohnhäusern und Wohnungen, Vergrößerung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen, Errichtung, den Erwerb und die sonstige Schaffung von Wohnungen für Dienstnehmer;

Umschichtung des Bundesbeitrages in Abgabenertragsanteile ohne Zweckwidmung begründet.

Abwicklung	Die Hypo Tirol Bank AG führt seit Mitte der 1950er-Jahre die treuhändige Verwaltung und Durchführung der Wohnbauförderung durch. Die Vergütung hierfür beträgt gem. Nachtrag zur Vereinbarung betreffend der bankmäßigen Durchführung und Abwicklung der Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung und der damit zusammenhängenden Vorhaben per 1.7.2006 € 35,-- (mit Indexanpassung) pro zugezähltem Förderungsfall. Die Ausgaben für die Abwicklung der Wohnbauförderung beliefen sich im Jahr 2009 auf 2,1 Mio. €, was einen Anstieg von 0,1 Mio. € oder 5,0 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.
Neuzuzählungen	Im Jahr 2009 erreichten die Neuzuzählungen bei 2.030 Darlehen eine Gesamthöhe von 164,9 Mio. €. Hauptsächlich wurden Darlehen an Einzelsiedler (1.967 Darlehen mit 71,0 Mio. €) und Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften (38 Darlehen mit 54,0 Mio. €) vergeben.
betreute Darlehen	Die Hypo Tirol Bank AG betreute im Jahr 2009 insg. 54.624 Darlehen mit einer Summe von 2.974,6 Mio. €. Auch in gesamthafter Hinsicht liegt der Förderungsschwerpunkt bei Einzelsiedlern (52.818 Darlehen mit 1.909,7 Mio. €) und Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften (1.155 Darlehen mit 712,5 Mio. €).
Forderungsabschreibung	Im Jahr 2009 mussten Forderungen in der Höhe von € 145.338,28 ausgebucht werden.
neue Richtlinien ab 1.4.2009	Mit 1.4.2009 traten die neuen Richtlinien für die Wohnbauförderung in Kraft. Diese sahen die Aufhebung der Einkommensgrenzen bei Sanierungsmaßnahmen und die Anhebung der Einkommensgrenzen bei Neubauten bis zum Jahr 2011 vor.
Sanierungsoffensive	Um die Wohnhaussanierungstätigkeit zu forcieren, wurde zudem die Förderung für energiesparende und umweltfreundliche Maßnahmen um 5,0 % erhöht und die Ökobonusförderung für umfassende, thermisch-energetische Sanierung verdoppelt.
Hinweis – Zuführung an den Landeshaushalt	In den Jahren 2007 und 2008 wurden insg. 36,0 Mio. € aus der Wohnbauförderung haushaltswirksam vereinnahmt. Im Jahr 2009 wurde im Zuge der Änderungen des FAG 2008 keine derartige

Zuführung durchgeführt.

#### **4. Leistungen für Personal-, Ruhe- und Versorgungsbezüge**

---

**Personalaufwand** Für das Personal einschließlich der Pensionszahlungen wurden im Jahr 2009 1.020,89 Mio. €, das sind 36,76 % der gesamten Ausgaben des o. Haushaltes aufgewendet.

Dieser relative Personalausgabenanteil ist gegenüber dem Vorjahr um 0,07 Prozentpunkte gestiegen, zeigt aber seit etlichen Jahren eine kontinuierlich sinkende Tendenz.

---

#### Personalausgabenentwicklung

<b>2000</b>	41,33 %
<b>2001</b>	39,08 %
<b>2002</b>	38,65 %
<b>2003</b>	38,45 %
<b>2004</b>	38,62 %
<b>2005</b>	38,25 %
<b>2006</b>	38,38 %
<b>2007</b>	37,73 %
<b>2008</b>	36,69 %
<b>2009</b>	36,76 %

---

**Vergleich VA und RA** Im VA 2009 waren für das Personal und die Pensionen 1.016,01 Mio. € vorgesehen. Laut RA 2009 ergaben sich gegenüber dem VA Mehrausgaben von insg. 4,87 Mio. € (+ 0,48 %), wobei Minderausgaben in der Höhe von 5,78 Mio. € in der Landesverwaltung (2,4 %) und 1,55 Mio. € bei der TILAK GmbH und der FHG (0,5 %) Mehrausgaben von 11,3 Mio. € bei den Landeslehrern (2,6 %) gegenüberstanden.

**Brutto-Personalkosten** Die Brutto-Personalkosten haben sich in den vergangenen fünf Jahren wie folgt entwickelt:

Entwicklung der Brutto-Personalkosten (Beträge in Mio. €)

<b>Brutto-Personalkosten</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Aktivbezüge	704,4	732,6	755,5	792,0	832,8
Pensionen	161,9	166,9	171,6	179,3	188,1
<b>Summe</b>	<b>866,3</b>	<b>899,5</b>	<b>927,1</b>	<b>971,3</b>	<b>1.020,9</b>
relative Steigerung gegenüber dem Vorjahr	3,05 %	3,83 %	3,07 %	4,76 %	5,11 %
relative Veränderung gegenüber dem VA	-1,70 %	-0,67 %	0,03 %	1,2 %	0,48 %

**Bereichsentwicklung** Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgaben für das Landespersonal in der Landesverwaltung, in den ausgegliederten Rechtsträgern sowie bei den Landeslehrern.

Die Daten betreffend die 2007 gegründete „FHG – Zentrum für Gesundheitsberufe GmbH“ werden der TILAK GmbH zugerechnet, da es sich bei den der FHG zugewiesenen Landesbediensteten um ehemalige Bedienstete des Ausbildungszentrum West (AZW), einer Organisationseinheit der TILAK GmbH, handelt.

Bereichsentwicklung (Beträge in Mio. €)

<b>Brutto-Personalkosten 2009</b>	<b>Landes- verwaltung</b>	<b>DVT- GmbH</b>	<b>Museen Betriebs- GmbH</b>	<b>Tiroler Musik- schulwerk + Konser- vatorium.</b>	<b>TILAK GmbH + FHG</b>	<b>Landes- lehrer</b>	<b>Gesamt</b>
Aktivbezüge	175,2	1,4	0,7	26,1	299,4	330	832,8
Steigerung gegenüber Vorjahr	5,29 %	0 %	-12,5 %	5,24 %	5,57 %	4,76 %	5,15 %
Pensionen	61,3	0	0	0,6	14,6	111,6	188,1
Steigerung gegenüber Vorjahr	4,97 %	0 %	0 %	0 %	3,55 %	5,08 %	4,91 %
Aktivbezüge u. Pensionen	236,5	1,4	0,7	26,7	314	441,6	1.020,9
Steigerung gegenüber Vorjahr	5,2 %	0 %	-12,5 %	5,12 %	5,48 %	4,84 %	5,11 %
Differenz gegenüber VA	-2,39 %	-1,53 %	-25,37 %	4,56 %	-0,49 %	2,62 %	0,48 %

**Aktivbezüge** Die Ausgaben für die aktiven Bediensteten stiegen im Jahr 2009 insg. um 5,15 %. In den „großen“ Bereichen war die prozentuelle

Steigerung bei den Landeslehrern mit 4,76 % am geringsten, in der Landesverwaltung betrug sie 5,29 % und im Bereich der TILAK GmbH 5,57 %.

Eine Einsparung in Höhe von 12,5 % ergab sich lediglich bei der 2007 gegründeten Tiroler Landesmuseen-BetriebsgmbH.

**Pensionsausgaben** Die Pensionsausgaben sind insg. um 4,91 % gestiegen. Bei den Landeslehrern betrug die Steigerung 5,08 %, gefolgt von der Landesverwaltung mit 4,97 % und der TILAK GmbH mit 3,55 %.

**Nettoaussgaben** Die nachfolgende Tabelle zeigt die Nettopersonalausgaben im Jahr 2009.

Diese sind gegenüber dem Vorjahr insg. um 6,45 % gestiegen, wobei die Steigerung bei den Landeslehrern mit 14,91 % am höchsten war.

**Nettopersonalkosten (Beträge in Mio. €)**

Nettopersonalkosten 2009	Landesverwaltung	DVT GmbH	Museen-BetriebsgmbH	Musikschulwerk + Kons.	TILAK GmbH	Landeslehrer	Gesamt
Bruttopersonalkosten	236,6	1,4	0,7	26,7	313,9	441,6	1.020,9
- Ersätze	-9,6	0	-0,7	-10,3	-313,9	-415,4	-749,9
Nettopersonalkosten	227,0	1,4	0,0	16,4	0,0	26,2	271,0
relative Steigerung gegenüber Vorjahr	5,63 %	0 %	0 %	6,01 %	0 %	14,91 %	6,45 %

**Kostensteigerungen** Die Ursachen für die Personalkostensteigerungen sind neben der allgemeinen Bezugserhöhung von 3,55 % in den dienst- und besoldungsrechtlichen Veränderungen und in den Auswirkungen der Besoldungsreform gelegen.

**Besoldungsreform** Mit 1.1.2007 ist eine Novelle zum Landes-Vertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 96/2006, in Kraft getreten, mit der im Landesdienst ein neues Entlohnungssystem eingeführt wurde. Das neue Besoldungsschema sieht 25 Entlohnungsklassen und 14 Entlohnungsstufen vor. Die Einreihung in die Entlohnungsklassen erfolgt nach der jeweiligen Verwendung nach Modellstellen. Dabei wird nach Führungsfunktionen, Experten, Fachbearbeitung, Spezial-Sachbe-

arbeitung, Sachbearbeitung und Routine-Sachbearbeitung unterschieden. Die Einreihung in die Entlohnungsstufen hängt von der Dauer des Dienstverhältnisses und den anrechenbaren Vordienstzeiten ab. Die Vorrückungen in höhere Stufen finden zuerst in zweijährigen, dann in dreijährigen, vierjährigen und zuletzt in einem fünfjährigen Intervall statt.

Zusätzlich zum Entgelt ist eine jährliche Leistungsprämie bis zu maximal 6 % des individuellen Jahresentgeltes vorgesehen. Die konkrete Höhe der Leistungsprämie ist von einer jährlich durchzuführenden individuellen Leistungsbeurteilung abhängig. Mangels entsprechender Grundlagen wurde die Leistungsprämie bis 2009 aber nicht in Abhängigkeit von individuellen Beurteilungen, sondern an alle Bediensteten pauschal in Höhe von 3 % des Grundentgeltes ausbezahlt.

Zum Jahresende 2009 wurden 519 Bedienstete nach dem neuen Besoldungsschema entlohnt. Dazu gehören die in den Jahren 2007 - 2009 neu in ein Dienstverhältnis zum Land Tirol aufgenommenen Bediensteten sowie die Bediensteten, die für das neue System optiert haben.

Die Möglichkeit, in das neue Besoldungssystem zu wechseln, war mit 31.12.2008 befristet.

---

#### Bedienstete im neuen Besoldungsschema

	2007	2008	2009	2007 - 2009
Neuaufnahmen	108	148	158	414
Optanten	39	70	-4	105
<b>Summe</b>	<b>147</b>	<b>218</b>	<b>154</b>	<b>519</b>

---

Die Kosten für die Einführung des neuen Besoldungssystems resultieren einerseits aus dem zusätzlichen Personalaufwand für die Optanten ins neue System sowie aus dem zu Beginn der Berufslaufbahn in der Regel höheren Einkommen im neuen System für die neu eintretenden Bediensteten. Wie in den Erläuternden Bemerkungen zur oben angeführten Novelle zum Landes-Vertragsbedienstetengesetz ausgeführt wird, ist ab dem Jahr 2007 bis zum Jahr 2035 mit durchschnittlichen jährlichen Mehrkosten in Höhe von ca.

2,5 Mio. € bzw. 2 % der Lohnkostensumme zu rechnen.

**Bezugserhöhung** Für die Aktivbediensteten wurde - entsprechend dem Ergebnis der Gehaltsverhandlungen zwischen dem Bund und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes - ab 1.1.2009 eine allgemeine Erhöhung der Gehälter um 3,55 % wirksam.

Die Höchstbeitragsgrundlagen in der Pensions-, Unfall-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung nach dem ASVG wurden im Jahr 2008 von monatlich € 3.930,-- auf € 4.110,-- angehoben.

**Erhöhung der Beamten-Pensionen** Für das Kalenderjahr 2009 erfolgte die Anpassung der Beamten-Pensionen entsprechend den Bestimmungen der Pensionsreform 2007, die mit 1. Jänner 2008 in Kraft getreten ist. Demnach werden Pensionsanteile bis zur ASVG - Höchstbeitragsgrundlage analog den Aktivgehältern valorisiert, die darüber liegenden Pensionsanteile werden nur zur Hälfte erhöht („Mindervalorisierung“).

**Reisegebühren** Die Reisegebühren in der Verwaltung sind von 3,22 Mio. € im Vorjahr auf 3,07 Mio. € im Jahr 2009 gesunken.

**Essenszuschuss** Der Zuschuss zum Mittagstisch wurde ab Jänner 2007 von € 3,-- auf € 4,-- pro Mittagessen angehoben, nachdem der jährliche Aufwand für den Mittagstisch nach Einführung des digitalen Essensbon im Zeitraum 2003 – 2006 um rd. 51 % zurückgegangen war. Seit 2008 kann der Zuschuss zum Mittagstisch unter Einhaltung der bestehenden Voraussetzungen anstatt vier mal pro Woche nun fünf mal pro Woche in Anspruch genommen werden. Der Aufwand für den Mittagstisch belief sich im Jahr 2009 auf € 709.644,--.

**Dienstpostenplan** Der Dienstpostenplan 2009 enthält auch eine zusätzliche Darstellung der bewerteten Dienstposten nach der Besoldungsreform.

Im Dienstpostenplan 2009 wurden gegenüber dem Jahr 2008 bei den Landeslehrern durch eine Reduktion von 159,90 Dienstposten (das entspricht 2,6 %) die meisten Planstellen eingespart. Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung kam es zu geringfügigen Verschiebungen von Stellen, insg. wurde um 2 Planstellen reduziert.

In der TILAK GmbH wurde der Dienstpostenplan im Jahr 2009 um 50 Dienstposten, das sind 0,85 %, erhöht; keine Erhöhung erfolgte

bei der ausgegliederten FHG.

Veränderung des Dienstpostenplanes

	DPPI 2009	Veränderung gg. Vorjahr
Tiroler Landtag	30	0
Allgemeine Verwaltung		
Amt der Tiroler Landesregierung	2.061,50	-4
Bezirkshauptmannschaften	814	12
Sonderämter	43,5	0
Landesanstalten	460	-10
<b>Zwischensumme Allgemeine Verwaltung</b>	<b>3.379</b>	<b>-2</b>
Kostenneutrale Dienstposten	62	-11
DVT-GmbH	20	-1
Tiroler Landesmuseen-BetriebsgmbH	21	-4
Tiroler Landeskonservatorium	63	0
Tiroler Musikschulwerk	417	1
Tilak GmbH u. FHG	5.843,18	49,47
Landeslehrer	6.117,76	-159,9
<b>Summe</b>	<b>15.952,94</b>	<b>-127,43</b>

Personalstand

Der tatsächliche Personalstand wird jeweils zum 31.12. jeden Jahres ausgewiesen und mit den Vorjahren verglichen. Diese Entwicklung ist allerdings unter dem Aspekt der stetig steigenden Anzahl an Teilzeitbeschäftigten zu sehen.

Gesamtpersonalstandsentwicklung

Veränderung Gesamtpersonalstand gegenüber Vorjahr	Landesverwaltung	DVT GmbH	Landes-Museen Betriebs-GmbH	Musikschulwerk plus Kons.	TILAK GmbH plus FHG	Landeslehrer
2005	+7	-	-	-16	+31	+87
2006	-14	-	-	+67	+116	+45
2007	- 53	- 1	+ 26	- 48	+ 36	- 96
2008	+ 50	0	- 7	- 29	+ 56,52	+ 133
2009	+ 39	- 1	- 2	+ 8	+ 62,48	+ 32

Entwicklung Personalstand

Personalstand	1995	2000	2007	2008	2009	Veränderung 2008 - 2009
<i>Aktive:</i>						
Tiroler Landtag	22	23	30	29	29	0
Amt der Tiroler Landesregierung	1.812	1.678	1.602	1.615	1.636	+21
Landesbaudirektion/Bauhilfsdienst	684	577	512	512	477	-35
Bezirkshauptmannschaften	821	842	881	900	923	+23
Sonderämter	21	27	47	49	50	+1
Anstalten	578	515	482	499	528	+29
<b>Zwischensumme = Landesverwaltung</b>	<b>3.938</b>	<b>3.662</b>	<b>3.554</b>	<b>3.604</b>	<b>3.643</b>	<b>+39</b>
DVT GmbH	-	27	20	20	19	-1
Tiroler Landesmuseen- BetriebsgmbH	-	-	26	19	17	-2
Musikschulwerk u. Konservatorium	538	700	723	694	702	+8
TILAK GmbH u. FHG	4.996	5.649	6.523	6.580	6.642	+62
Landeslehrer	6.038	6.818	6.811	6.944	6.976	+32
<b>Summe Aktive</b>	<b>15.510</b>	<b>16.856</b>	<b>17.657</b>	<b>17.861</b>	<b>17.999</b>	<b>+138</b>

Personalstand	1995	2000	2007	2008	2009	Veränderung 2008 - 2009
<i>Pensionen:</i>						
Landesverwaltung - Beamtenpensionen	1.032	1.082	1.212	1.207	1.232	+25
Pensionszuschüsse	1.311	1.521	1.552	1.564	1.591	+27
TILAK GmbH - Beamtenpensionen	344	352	332	322	314	-8
Pensionszuschüsse	552	890	1.192	1.248	1.300	+52
Landeslehrer – Pensionen	1.712	2.094	2.747	2.835	2.904	+69
<b>Summe Pensionen</b>	<b>4.951</b>	<b>5.939</b>	<b>7.035</b>	<b>7.176</b>	<b>7.341</b>	<b>+165</b>

<i>Aktive plus Pensionen</i>	20.461	22.795	24.692	25.037	25.340	+303
Verwaltungspraktikanten		40	54	60	78	+18
Lehrlinge		53	48	53	58	+5
Krankenpflegeschüler u.Praktikanten	476	398	583	732	653	-79
Reg. Mitglieder und Abgeordnete	44	43	44	44	44	0
ehem. Reg. Mitglieder und Abgeordnete – Pensionen	65	64	67	65	64	-1
<b>Summe Bezugsempfänger</b>	<b>21.046</b>	<b>23.393</b>	<b>25.488</b>	<b>25.991</b>	<b>26.237</b>	<b>+246</b>

Fluktuation

In der Landesverwaltung (ohne Bauhilfsdienst) sind im Jahr 2009 30 Beamte in den dauernden Ruhestand übergetreten, drei Bedienstete

sind im Aktivstand verstorben und 174 Vertragsbedienstete haben das Dienstverhältnis beendet. Den 207 Abgängen stehen 251 Neuaufnahmen gegenüber.

Beamte

Die Zahl der pragmatisierten Beamten ist im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr in Summe um 29 Personen gestiegen, wobei dieser Anstieg auf die pragmatisierten Landeslehrer zurückzuführen ist. In den übrigen Bereichen haben lediglich geringfügige Veränderungen stattgefunden.

Ein längerfristiger Vergleich zeigt folgendes Bild:

Beamte des Aktivstandes

Beamte des Aktivstandes	31.12.1995	31.12.2009	1995 - 2009	
Tiroler Landtag	8	15	7	87,50%
Amt der Tiroler Landesregierung	816	780	-36	-4,40%
Bezirkshauptmannschaften	265	310	45	17,00%
Sonderämter	8	28	20	250,00%
Anstalten	18	6	-12	-66,70%
<b>Zwischensumme = Landesverwaltung</b>	<b>1.115</b>	<b>1.139</b>	<b>24</b>	<b>2,20%</b>
DVT GmbH		5	5	
Museen		1	1	
Musikschulwerk u. Konservatorium		3	3	
TILAK GmbH	75	9	-66	-88,00%
Lehrer	4.549	4.384	-165	-3,60%
<b>Summe</b>	<b>5.739</b>	<b>5.541</b>	<b>-198</b>	<b>-3,50%</b>

Teilzeitbeschäftigte

Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Bediensteten in der Landesverwaltung zeigt eine kontinuierlich steigenden Tendenz – er betrug im Jahr:

2005 19,5 %

2006 20,2 %

2007 20,3 %

2008 20,8 %

2009 21,8 %

Am höchsten war dieser Anteil mit 42 % im Bereich der Anstalten, gefolgt von den Bezirkshauptmannschaften mit 28 % und den Sonderämtern mit 24 %. In den dem Tiroler Landtag zugeordneten Einrichtungen waren 21 % Teilzeitbeschäftigte und im Amt der Tiroler Landesregierung 18 % Teilzeitbeschäftigte tätig.

Einen höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten weisen die Bereiche außerhalb der Verwaltung aus, nämlich:

Musikschulwerk und Konservatorium	64 %
TILAK GmbH	35 %
Landeslehrer	36 %
Tiroler Landesmuseen	24 %.

**Aus- und Fortbildung** Die im RA Unterabschnitt 1-091 ausgewiesenen Ausgaben für die berufliche Aus- und Fortbildung der Bediensteten in der Landesverwaltung haben sich wie folgt entwickelt:

---

**Ausgaben pro Bediensteten**

	<b>Gesamtausgaben</b>	<b>Ausgaben pro Bediensteten</b>
2005	€ 297.000,--	€ 80,--
2006	€ 540.000,--	€ 146,--
2007	€ 298.000,--	€ 84,--
2008	€ 340.000,--	€ 94,--
2009	€ 326.000,--	€ 89,--

---

**Krankenstände** Die Krankenstandstage in der Landesverwaltung betragen im Jahr 2009 12,5 Krankheitstage pro Bediensteten/Jahr, wodurch im Vergleich zu den letzten Jahren ein Höchststand erreicht wurde.

2005	11,8
2006	10,7
2007	11,9
2008	12,0
2009	12,5

Auch der Anteil der Bediensteten, die mindestens einen Krankenstand zu verzeichnen hatten, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – er betrug im Jahr

2005	68,9 %
2006	65,4 %
2007	67,8 %
2008	71,6 %
2009	73,1 %.

Die durchschnittliche Dauer eines Krankenstandes betrug im Jahr:

2005: 7,2 Tage (44.686 Krankheitstage, 6.235 Krankenstandsfälle)

2006: 6,8 Tage (40.537 Krankheitstage, 5.946 Krankenstandsfälle)

2007: 7,3 Tage (45.063 Krankheitstage, 6.195 Krankenstandsfälle)

2008: 6,7 Tage (44.388 Krankheitstage, 6.664 Krankenstandsfälle).

2009: 6,8 Tage (46.356 Krankheitstage, 6.805 Krankenstandsfälle).

#### Beamtenpensionen

In der 32. Landesbeamtengesetz-Novelle, LGBl. Nr. 4/2003, war in Analogie des Bundes die Erhöhung des Pensionsantrittsalters vom 60. Lebensjahr auf das 61,5. Lebensjahr innerhalb des Zeitraumes von 2003 - 2007 und die Anwendung des Durchrechnungszeitraumes bei der Pensionsberechnung ab dem 1.1.2007 auch für die Landesbeamten übernommen worden.

Die Tiroler Landesregierung hat sich mit Beschluss vom 29.11.2005 jedoch für eine eigenständige Pensionsregelung durch Abschmelzen der Bemessungsgrundlage entschieden. Die Anhebung des Pensionsalters auf 65 Jahre und die erforderlichen Maßnahmen zur Pensionsharmonisierung sollten spätestens am 1.1.2007 in Kraft treten.

Während des Jahres 2007 herrschte hinsichtlich der Pensionsbestimmungen jedoch ein Übergangszeitraum, da der Tiroler Landtag die Pensionsreform erst am 10.10.2007 mit der 38. Landesbeamtengesetz-Novelle, LGBl. Nr. 79/2007, beschlossen und mit 1.1.2008 in Kraft gesetzt hat.

Das Pensionseintrittsalter wird ab 2008 – beginnend mit 61 Jahren und 6 Monaten – schrittweise um jeweils ein Monat angehoben, bis im Jahr 2022 für Beamte, die nach dem 1. Jänner 1957 geboren

sind, das Regelpensionsalter von 65 Jahren erreicht wird.

Für Beamte, die bis 31.12.1958 geboren sind, ermöglicht eine Übergangsregelung einen früheren abschlagsfreien Pensionsantritt, wenn sie bis zum Pensionsantritt eine beitragsgedeckte Gesamtdienstzeit von 40 Jahren erreicht haben (Langzeit-Versicherten-Regelung).

Anstelle einer 40-jährigen Durchrechnung sieht das Tiroler Modell die Abschmelzung der Ruhegenuss-Bemessungsgrundlage vor, welche abhängig von der Dauer des Dienstverhältnisses maximal 80 % des letzten Monatsbezuges beträgt. Die Abschmelzprozentsätze fangen bei 99 % (ab Geburtsjahrgang 1948) an und liegen im Endausbau (ab Geburtsjahrgang 1988) bei 80 % für Beträge unter und bei 35 % für Beträge über der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage.

Anzahl der  
Pensionisten in der  
Landesverwaltung

In der Landesverwaltung zeigt die Anzahl der für Beamte im Ruhestand sowie deren Hinterbliebenen geleisteten Ruhe- und Versorgungsbezüge seit Jahren eine steigende Tendenz – sie hat sich von 1995 - 2009 um 200 (das entspricht 19 %) auf 1.232 erhöht. Die Anzahl der Pensionszuschussempfänger (das sind pensionierte Vertragsbedienstete) ist im gleichen Zeitraum um 280 Personen auf insg. 1.591 gestiegen.

Pensionsantrittsalter

Eine Auswertung der Pensionierungen in der Landesverwaltung zeigt, dass 2008 und 2009 der Anteil der Beamten, bei denen die Ruhestandsversetzung zum frühest möglichen Zeitpunkt – d.h. Erreichen des Regelpensionsalters oder früher aufgrund langer Versicherungszeiten (Übergangsregelung) erfolgt, deutlich angestiegen ist (2008: 67 %, 2009: 63 %).

Der Anteil der Beamten, die freiwillig länger arbeiten, betrug im Jahr 2009 17 %, wobei diese längere Arbeitszeit aber nur wenige Monate (bis maximal 62 Jahre und 1 Monat) betragen hat. Der Anteil der aus Krankheitsgründen vorzeitig in Frühpension gegangenen Beamten betrug 20 %.

Entwicklung Pensionsantrittsalter der Landesbeamten

Jahre	Pensionierungen	vorzeitig aus Krankheitsgründen	frühest möglicher Zeitpunkt	nach dem frühest möglichen Zeitpunkt	65. Lebensjahr
1986 - 1990	163	12 %	28 %	40 %	20 %
1991 - 1995	185	19 %	31 %	33 %	17 %
1996 - 2000	187	21 %	41 %	28 %	9 %
2001 – 2005	229	16 %	46 %	28 %	10 %
2006	48	15 %	50 %	29 %	6 %
2007	35	23 %	43 %	28 %	6 %
2008	46	9 %	67 %	20 %	4 %
2009	30	20 %	63 %	17 %	0 %

Das durchschnittliche Pensionsübertrittsalter betrug im Jahr 2009 59,61 Jahre und ist somit gegenüber dem Vorjahr wieder gesunken.

2005	61,67
2006	60,94
2007	59,55
2008	60,66
2009	59,61

Wie der längerfristige Vergleich bei den Landesbeamten zeigt, weist der Prozentanteil der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen aus Krankheitsgründen auf Grund der individuellen Gegebenheiten eine stärkere Schwankung auf (zwischen 9 % und 23 %), während der Trend zur Ruhestandsversetzung zum frühest möglichen Zeitpunkt eindeutig gestiegen ist und in den Jahren 2008 und 2009 über 60 % lag.

**Pensionsbeiträge** Dem Pensionsaufwand stehen Einnahmen aus Pensionsbeiträgen und Pensionssicherungsbeiträgen gegenüber, wobei seit Jahren ca. 20 % - 21 % des Pensionsaufwands durch diese Einnahmen gedeckt werden. Bei den Landesbeamten sind es ca. 14,4 % und bei den Landeslehrern ca. 25 %.

**Pensionszuschüsse** Das Land Tirol leistet seit Jahrzehnten an pensionierte Vertragsbedienstete und deren Hinterbliebene einen beitragsfreien Pensions-

zuschuss, der zuletzt mit Landtagsbeschluss vom 9.7.1981 geregelt wurde. Die Voraussetzungen für den Bezug dieses Pensionszuschusses sind

- die Erreichung der Altersgrenze (grundsätzlich Vollendung des 60. Lebensjahres) sowie
- die tatsächlich zum Land Tirol zurückgelegte Dienstzeit (grundsätzlich 15 Jahre).

Sonderregelungen gelten für Fälle einer vorzeitigen Pensionierung.

Die Höhe des Pensionszuschusses berechnet sich nach der Einstufung des Bediensteten sowie der Dauer des Landesdienstes und liegt derzeit zwischen monatlich € 111,-- und € 445,--.

Seit 1995 ist die Anzahl der Bezieher von Pensionszuschüssen von 1.863 Personen auf 2.891 Personen im Jahr 2009 (1.591 aus der Landesverwaltung und 1.300 aus dem Bereich der TILAK), somit um ca. 55 % gestiegen. Diese Entwicklung betrifft insbesondere die der TILAK GmbH zugewiesenen Bediensteten, da sie nicht mehr pragmatisiert wurden und daher als Vertragsbedienstete pensioniert werden. So ist der Anteil der Empfänger von Pensionszuschüssen aus dem Bereich der TILAK GmbH von ca. 30 % im Jahr 1995 auf ca. 37 % im Jahr 2000 und ca. 45% im Jahr 2009 gestiegen.

Im Jahr 2009 wurden € 6.708.536,-- für die Pensionszuschüsse ausgegeben. Im Durchschnitt erhielt jeder Zuschussbezieher monatlich € 165,7 (14 mal jährlich).

Die steigende Anzahl der Bezieher von Pensionszuschüssen ist auch die Ursache für die – über dem relativen Anstieg der gesamten Personalausgaben liegende – prozentuelle Steigerungsrate der jährlichen Ausgaben für die Pensionszuschüsse, die sich wie folgt entwickelt hat:

2006: 3,79 %

2007: 5,66 %

2008: 7,0 % und

2009: 7,4 %.

Da auch in Zukunft alle Vertragsbediensteten, die vor dem 1.1.1995 in den Landesdienst eingetreten sind, diesen Zuschuss nach den alten Bestimmungen geltend machen können, ist mit diesen Leistungen noch weitere 50 – 60 Jahre zu rechnen.

Bedienstete ab dem Eintrittsdatum 1.1.1995 werden den Pensionszuschuss nicht mehr erhalten, stattdessen wurde für diesen Personenkreis ein Pensionskassenmodell geschaffen.

Pensionskasse	Für die Vertragsbediensteten des Landes Tirol gilt seit 2002 ein Pensionskassen-Modell mit der APK-Pensionskasse AG. Danach hat sich das Land Tirol verpflichtet, für Teilnehmer am Pensionskassenmodell Dienstgeberbeiträge in Höhe von 0,75 % der Bemessungsgrundlage zu leisten. Bis Ende 2009 sind 1.052 Bedienstete aus der Landesverwaltung sowie 395 Bedienstete aus dem Musikschulwerk der Pensionskasse beigetreten. Der laufende Dienstgeberbeitrag an die Pensionskasse stieg im Jahr 2009 um 13 % auf € 330.638,--.
Mitarbeiter- vorsorgekasse	Entsprechend den Bestimmungen der „Abfertigung Neu“ wird für die ab dem 1.7.2003 neu in den Landesdienst eintretenden Bediensteten ein 1,53 %iger Dienstgeberbeitrag an die Mitarbeitervorsorgekasse „ÖVK Vorsorgekasse AG“ geleistet, womit die zukünftigen Abfertigungsansprüche abgedeckt werden. Diese Dienstgeberleistung ist für den Bereich der Landesverwaltung und des Musikschulwerks im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um € 32.543,-- und somit 11 % auf € 323.573,-- gestiegen.
Landtagsabgeordnete	An die 36 Abgeordneten des Tiroler Landtages wurden Bezüge in der Höhe von 2,97 Mio. € ausbezahlt. Für die Ruhe- und Versorgungsbezüge an 48 ehemalige Abgeordnete bzw. deren Hinterbliebenen mussten 1,73 Mio. € aufgewendet werden.
Mitglieder der Tiroler Landesregierung	An die Mitglieder der Tiroler Landesregierung kamen Bezüge in Höhe von 1,6 Mio. € inkl. der Reisekosten zur Auszahlung. Die Ruhe- und Versorgungsbezüge an 16 ehemaligen Regierungsmitgliedern und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 1,5 Mio. €.

## **5. Verschuldung des Landes Tirol**

Die Verschuldung des Landes Tirol wird im RA 2009 im „Nachweis über den Schuldenstand zum 31.12.2009“ und im Rahmen der Vermögensrechnung in der Unterklasse 34 ausgewiesen. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Schuldenstandes im Laufe des Jahres 2009:

## Verschuldung des Landes Tirol (Beträge in €)

anfänglicher Stand zum 1.1.2009	199.700.000
- Tilgung	-55.200.000
+ Neuaufnahme	55.200.000
<b>Endstand zum 31.12.2009</b>	<b>199.700.000</b>

Endstand	Der Endstand zum 31.12.2009 von 199,7 Mio. € bezieht sich auf sieben Darlehen, welche das Land Tirol bei der Hypo Tirol Bank AG aufgenommen hat und ein noch aufzunehmendes Darlehen. Der Darlehenszweck besteht in der Finanzierung der a.o. Haushalte der Jahre 2004 - 2009. Die Laufzeiten der Darlehen erstrecken sich auf einen Zeitraum von 2005 - 2018.
Neuaufnahme	In Summe wurden zwei Darlehen in der Höhe von 55,2 Mio. € vereinnahmt. Ein Darlehen in der Höhe von 25,2 Mio. € zur teilweisen Abdeckung des a.o. Haushaltes 2009 wurde jedoch noch nicht gezahlt und daher als einnahmenseitiger Zahlungsrückstand verbucht.
Tilgung und Zinsen	Die Darlehenstilgung betrug im Jahr 2009 in Summe 55,2 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Tilgungszahlungen um 13,8 Mio. €. Drei Darlehen zur Finanzierung des a.o. Haushaltes 2004 bzw. 2007 konnten während des Rechnungsjahres komplett getilgt werden.  Die Zinsbelastung war insg. stark rückläufig. Im Jahr 2009 hatte das Land Tirol Zinszahlungen in der Höhe von 2,5 Mio. € zu leisten, was einen Rückgang von 56,9 % im Vergleich zum Jahr 2008 bedeutet. Die aus Tilgung und Zinsen resultierende Annuität machte 57,7 Mio. € aus.
Entwicklung des Schuldenstands	Die untenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Schuldenstands des Landes Tirol und die daraus resultierende Pro-Kopf-Verschuldung der Tiroler Landesbürger seit dem Jahr 2002:

## Entwicklung des Schuldenstandes (Beträge in Mio. €)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Stand 31.12.	102,3	79,4	79,8	106,3	167,2	187,0	199,7	199,7
Neuaufnahme	3,0	63,4	57,5	42,3	85,0	60,8	81,7	55,2
Tilgung	57,7	86,3	57,0	15,7	24,1	41,0	69,0	55,2
Zinsen	2,0	3,9	0,1	0,9	3,3	6,7	5,8	2,5
Annuität	59,7	90,2	57,1	16,6	27,4	47,7	74,8	57,7
Pro-Kopf-Verschuldung <sup>1</sup> in €	149,9	115,6	115,3	152,4	238,7	265,7	283,9	281,8

<sup>1</sup> lt. Landesstatistik Tirol, Einwohnererhebung lt. ZMR

Der niedrigste Schuldenstand im Betrachtungszeitraum 2002 - 2009 war in den Jahren 2003 und 2004 zu verzeichnen. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag in diesen Jahren bei rd. € 115,00. Seit dem Jahr 2004 stieg der Schuldenstand des Landes Tirol kontinuierlich an und betrug in den letzten beiden Jahren 199,7 Mio. €. Erstmals seit dem Jahr 2003 entsprach im Jahr 2009 die Höhe der Tilgung zumindest der Höhe der Darlehensneuaufnahme, daher konnte ein Anstieg der Gesamtverschuldung vermieden werden.

Pro-Kopf-Verschuldung

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Landesbürger ging im Vergleich zum Jahr 2008 aufgrund der steigenden Einwohnerzahl leicht auf € 281,8 zurück.

Bundesländervergleich

Im Bericht des Staatsschuldenausschusses vom 30.6.2010 über die öffentlichen Finanzen nimmt das Land Tirol weiterhin die dritte Position ein. Der Anteil Tirols an der Gesamtverschuldung der Länder liegt für das Jahr 2008 bei 2,7 %.

Lediglich die Länder Oberösterreich und Vorarlberg weisen eine geringere Finanzschuld auf. Das Land Oberösterreich musste jedoch im Jahr 2009 erstmals seit 2002 im eigenen Haushalt wieder Finanzschulden in der Höhe von rd. 92,0 Mio. € aufnehmen.

Hypo-Konten  
Ordinario und  
Geldmarkteinlage

Im Zusammenhang mit der Verschuldung des Landes Tirol sind auch die Stände des Ordinariokontos und des Geldmarkteinlagenkontos bei der Hypo Tirol Bank AG von Bedeutung. Zu Beginn des Jahres 2009 war in Summe ein positiver Saldo von € 65.639.059,87 zu verzeichnen, der Schlussaldo des Kontos Ordinario betrug jedoch € -28.257.768,79.

Fondsmittel	Mehrere Fonds (siehe Kapitel Stiftungen und Fonds) stellen dem Land Tirol finanzielle Mittel zur Verfügung. Im RA scheinen diese Fondsmittel nicht als Darlehen auf, sondern als Verbindlichkeiten in der Unterklasse 35 der Vermögensrechnung. Zu Beginn des Jahres betragen die Verbindlichkeiten 54,6 Mio. €, bis zum Ende des Jahres 2009 steigerten sich diese jedoch auf 60,6 Mio. €.
Maastricht-Ergebnis	<p>Das Maastrichtergebnis ergibt sich aus den Einnahmen- und Ausgabensaldi der laufenden Gebarung, der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen und den Finanztransaktionen. Der Überschuss oder Abgang wird um Buchungen bereinigt, die zwar Einnahmen und Ausgaben im Budget nach sich ziehen, aber ökonomisch keine Verschlechterung oder Verbesserung der Haushaltssituation bedeuten.</p> <p>Das Maastricht-Ergebnis des Landes Tirol für das Jahr 2009 wies einen negativen Finanzierungssaldo in der Höhe von 14,7 Mio. € aus. Unter Berücksichtigung der Landesfonds beträgt das Maastricht-Ergebnis -16,4 Mio. €. Im Vergleich dazu ergab der Rechnungsquerschnitt nach Maastricht im Jahr 2008 noch ein positives Ergebnis von 181,9 Mio. €.</p>
Österreichischer Stabilitätspakt 2008	<p>Der Stabilitätspakt 2008 regelt die innerstaatliche Haushaltskoordination, die mittelfristige Orientierung der Haushalte und die Aufteilung von Defizitquoten und Sanktionslasten. Hintergrund für den Stabilitätspakt war die Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union, gesamtstaatlich ausgeglichene oder beinahe ausgeglichene Budgets zu erzielen.</p> <p>Für das Jahr 2009 verpflichteten sich die Länder, einen Stabilitätsbeitrag von 0,49 % des BIP in Form eines durchschnittlichen Haushaltsüberschusses zum gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad beizutragen. Der Stabilitätsbeitrag des Landes Tirol wurde mit 8,758 % am Gesamtanteil der Länder festgelegt. Die aus dem Österreichischen Stabilitätspakt 2008 resultierende Vorgabe für das Land Tirol sah im Jahr 2009 die Erwirtschaftung eines Maastricht-Überschusses von 120,0 Mio. € vor.</p>
Maastrichtziel nicht erreicht	Damit wurde der Stabilitätspakt vom Land Tirol um 136,4 Mio. € unterschritten. Der Stabilitätsbeitrag war aufgrund der krisenbedingten Einnahmehausfälle vom Land Tirol nicht zu erreichen. Auch die übrigen Länder und der Bund unterschritten allerdings die Vorgaben aus dem Stabilitätspakt. Derzeit finden daher auf nationaler Ebene Verhandlungen statt, um die

Zielvorgaben des Stabilitätspakts für Bund und Länder generell zu erleichtern. Im Herbst 2010 soll diesbezüglich ein neuer Stabilitätspakt verabschiedet werden.

Österreichisches  
Stabilitätsprogramm  
2009 – 2013

Im Gegensatz zum Österreichischer Stabilitätspakt 2008 sieht das von der Bundesregierung an die EU vorgelegte Österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 – 2013 bereits jährliche Maastricht-Defizite für die Länder vor. Das Stabilitätsprogramm wird allerdings ohne die Einbindung der Länder erstellt. Das Land Tirol könnte jedoch die Quote aus dem Stabilitätsprogramm für das Jahr 2009 von -73,0 Mio. € mit dem vorhandenen Maastricht-Defizit von -16,4 Mio. € in jedem Fall einhalten.

Anregung

Nach Ansicht des LRH muss das Land Tirol aber mittel- bis langfristig wieder eine stabilitätsorientierte Haushaltsführung anstreben und umsetzen.

## **6. Zahlungsrückstände**

Nachweis

Der „Einzelnachweis der Zahlungsrückstände 2009“ im RA 2009 listet alle einnahmenseitigen Zahlungsrückstände auf. Auf der Ausgabenseite waren im Jahr 2009 keine Zahlungsrückstände zu verzeichnen.

Einnahmenseitige Zahlungsrückstände bezeichnen Einnahmen, die aufgrund von Empfangsaufträgen oder Einnahmenganordnungen bereits von der Abteilung Buchhaltung als Forderungen gebucht wurden, jedoch noch nicht kassenwirksam waren. Zum Großteil erfolgt die kassenmäßige Abstattung im Folgejahr.

Zahlungsrückstände  
gesamt

Insgesamt war im Laufe des Jahres 2009 ein Anstieg der Zahlungsrückstände von 66,8 Mio. € auf 122,6 Mio. € (+55,8 Mio. € oder 83,5 %) zu verzeichnen. Die endgültigen Zahlungsrückstände verteilten sich folgendermaßen:

## Verteilung der Zahlungsrückstände

Darlehensaufnahme	25.200.000
Abdeckung Abgang	59.274.949
Bund	586.845
Gemeinden	36.104.503
sonstige Schuldner	1.410.064
<b>Summe</b>	<b>122.576.361</b>

**Darlehensaufnahme** Für die Finanzierung des a.o. Haushalts war aufgrund der einzelnen VA-Erweiterungen schlussendlich eine Darlehensaufnahme von 55,2 Mio. € erforderlich. Im Laufe des Jahres 2009 nahm das Land Tirol von der Hypo Tirol Bank AG ein Darlehen in der Höhe von 30,0 Mio. € auf. Der einnahmenseitige Zahlungsrückstand von 25,2 Mio. € resultiert aus einem noch aufzunehmenden Darlehen für den a.o. Haushalt 2009.

**Abdeckung Abgang** Der einnahmenseitige Zahlungsrückstand betreffend der Abdeckung des Haushaltsabgangs für das Jahr 2009 beträgt 59,3 Mio. €.

**Zahlungsrückstände Bund** Im Vergleich zu 2008 haben sich die Zahlungsrückstände des Bundes zum Ende des Jahres 2009 erheblich von 2,9 Mio. € auf 0,6 Mio. € reduziert. Dies resultiert vor allem aus der Abstattung von 2,6 Mio. € aus offenen Forderungen des Landes Tirol bezüglich des Bundesbeitrages für den öffentlichen Nahverkehr.

Zum Zeitpunkt der Prüfung durch den LRH im Juni 2010 waren keine Zahlungsrückstände seitens des Bundes aus dem Jahr 2009 mehr zu verzeichnen.

**Zahlungsrückstände Gemeinden** Die Zahlungsrückstände der Gemeinden von 36,1 Mio. € zum Ende des Jahres 2009 betreffen vor allem Beiträge für Grundsicherung, Rehabilitation, Jugendwohlfahrt sowie Mietzins- und Annuitätenbeihilfen. Diese Gemeindebeiträge werden größtenteils als Akontozahlungen vorgeschrieben und im Laufe des Folgejahres abgerechnet.

Zum Zeitpunkt der Prüfung des RA 2009 durch den LRH im Juni 2010 betragen die Zahlungsrückstände der Gemeinden aus dem

Jahr 2009 7,2 Mio. €.

sonstige Schuldner Die Zahlungsrückstände von sonstigen Schuldnern beliefen sich zum Ende des Jahres 2009 auf 1,4 Mio. €, was dem Stand zum Ende des Jahres 2008 entspricht.

Die betragsmäßig bedeutendsten Zahlungsrückstände in diesem Kontext betrafen die Finanzpositionen 2-020005-8270000 „Kostenersätze für die Überlassung von Bediensteten“ (0,5 Mio. €), 2-340005-8530010 „Beitrag Landesgedächtnisstiftung“ (0,2 Mio. €) sowie 2-011005-8181014 „Erlöse aus Festumzug“ (0,1 Mio. €).

Von den „Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten“ waren zum Zeitpunkt der Prüfung durch den LRH noch Zahlungen aus dem Jahr 2009 in der Höhe von € 147.421,25 offen. Der „Beitrag Landesgedächtnisstiftung“ bezieht sich auf die Subventionierung des Baus des Bergiselmuseums, hier reduzierte sich die offene Forderung auf € 43.351,17.

## **7. Rücklagen**

---

Grundlage Die Tiroler Landesregierung kann gem. Beschluss des Tiroler Landtags vom 12.12.2008 nicht verbrauchte Kredite für Vorhaben, deren Ausführungen sich über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstrecken, einer Rücklage zuführen, wenn dies zur Sicherung der Fortführung der Vorhaben oder im Interesse einer wirtschaftlichen Abwicklung und aus budgetären Gründen geboten scheint. Mit Beschluss vom 23.2.2010 und 2.3.2010 machte die Tiroler Landesregierung von der Ermächtigung des Tiroler Landtags Gebrauch und führte nicht verbrauchte Kredite diversen Rücklagen zu.

Rücklagenstand Der „Nachweis über Zuführungen an und Entnahmen aus Rücklagen 2009“ im RA stellt die Rücklagenbewegung im Laufe des Jahres 2009 dar:

## Rücklagenbildung 2009 (Beträge in €)

Rücklagenstand zum 1.1.2009	232.549.733,81
- Entnahmen	-194.731.216,91
+ Zuführungen	189.420.654,47
<b>Rücklagenstand zum 31.12.2009</b>	<b>227.239.171,37</b>

## Entnahmen

Der Großteil der Entnahmen (130,8 Mio. €) erfolgte aus der Haushaltsrücklage (Ermessensausgaben). Im Bereich der Besonderen Rücklagen (Pflichtausgaben) standen den bewirtschaftenden Stellen im Jahr 2009 29,9 Mio. € zusätzlich zu den budgetierten Ausgaben zu Verfügung. Die übrigen Rücklagenentnahmen verteilen sich lt. dem Nachweis über die Rücklagenzuführung und -entnahme auf Bau-, Betriebs- und Allgemeine Rücklagen. In Summe wurden 83,7 % des Rücklagenstands zum 1.1.2009 im Laufe des Jahres verwendet.

## Zuführung

Mit Regierungsbeschluss vom 23.2.2010 und 2.3.2010 führte die Tiroler Landesregierung nicht verbrauchte Kredite in der Höhe von 161,2 Mio. € verschiedenen Rücklagen zu. Tatsächlich wurden lt. dem „Nachweis über Zuführungen an und Entnahmen aus Rücklagen 2009“ 189,4 Mio. € an Rücklagen gebildet.

Der Unterschied von 28,2 Mio. € zwischen dem Rücklagennachweis im RA und dem Regierungsbeschluss bezüglich der Rücklagenbildung ergibt sich aus folgenden Punkten: Im Bereich der Besonderen Rücklagen werden bei der Tiroler Kulturförderungsabgabe die einlangenden Mittel zuerst als Rücklage verbucht und dann in Form von Zusatzkrediten den entsprechenden Ausgabenpositionen zugeführt.

Im RA wird die gesamte Zuführung aufgelistet (12,5 Mio. €), im Regierungsbeschluss nur der Endstand (4,6 Mio. €). Darüber hinaus wurde im RA der Überschuss der Wohnbauförderung von 0,5 Mio. € als Rücklage verbucht. Die Betriebsrücklagen in der Höhe von 0,2 Mio. € werden im RA im Unterschied zu den Regierungsbeschlüssen ebenfalls ausgewiesen. Die restliche Differenz resultiert aus der Zuführung an die Haushaltsrücklage, im Regierungsbeschluss werden nämlich nur die zweckgebundenen Rücklagen dargestellt.

Endbestand Zum 31.12.2009 betrug der Rücklagenstand € 227.239.171,37. Der Endbestand verteilt sich folgendermaßen:

Endbestand an Rücklagen (Beträge in Mio. €)

Pflichtausgaben	34,9
Investitions- und Betriebsausgaben	15,5
Förderungsausgaben	68,6
Baurücklagen	8,4
a.o. Haushalt	33,9
<b>Zwischensumme</b>	<b>161,3</b>
übrige Rücklagen aus Vermögensrechnung (z.B. Haushaltsrücklage, Wohnbauförderung)	65,9
<b>Gesamtsumme</b>	<b>227,2</b>

**Pflichtausgaben** Im Bereich der Pflichtausgaben bildeten die Rücklage der Wohnbauförderung – Darlehen an sonstige Bauträger – (6,5 Mio. €) und die Rücklage für den Investitionszuschuss für den Messeausbau (5,3 Mio. €) die betragsmäßig bedeutendsten Positionen.

**Investitions- und Betriebsausgaben** Bei den Investitions- und Betriebsausgaben lagen die Schwerpunkte der Zuführung in der Rücklage „Bebaute Grundstücke – Ankauf Landhaus 2“ (5,0 Mio. €) und in der Rücklage für die Zuwendung an das Oncotyrol Zentrum (2,9 Mio. €).

**Förderungsausgaben** Mit 68,6 Mio. € bildeten die Rücklagen für Förderungsausgaben einen erheblichen Anteil am gesamten Rücklagenendbestand. Innerhalb der Förderungsausgaben stellten folgende Rücklagen die höchsten Posten dar:

- Impulsprogramm – Zuwendung an Betriebe (9,0 Mio. €)
- Zuwendung an Betriebe – Maßnahmen des Landes Tirol (8,1 Mio. €)
- Zuwendungen für Investitionszwecke an Gemeinden (6,1 Mio. €)
- FHS MCI – Studiengangsförderungen (5,7 Mio. €)

**Baurücklagen** Im Rahmen der Hochbaurücklagen sind hauptsächlich die Rücklagen für das Bergiselmuseum (4,3 Mio. €) und die Rücklage für die

Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes (1,5 Mio. €) zu nennen.

Rücklagen a.o.  
Haushalt

Im a.o. Haushalt sind in finanzieller Hinsicht vor allem die Rücklagen

- für den BBT-SE (12,6 Mio. €),
- für die Gesellschaftereinlage an die IVB für die Regionalbahn (7,1 Mio. €) sowie
- für die Erweiterung der Landespflegeklinik (4,0 Mio. €)

von erheblicher Bedeutung.

## 8. Beteiligungen

Zuständigkeit in der  
Tiroler  
Landesregierung

Gemäß der derzeit gültigen Geschäftsverteilung der Tiroler Landesregierung ist Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf für die „Gesellschaften und Beteiligungen des Landes Tirol, soweit sie nicht ausdrücklich einem anderen Mitglied der Tiroler Landesregierung zugewiesen sind“, zuständig.

Beteiligungs-  
verwaltung

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung ist die Abteilung Finanzen für die Aufsicht über die Unternehmen und Anstalten des Landes Tirol, soweit sie nicht in den Aufgabenbereich einer anderen Abteilung fallen, verantwortlich.

Nachweis im RA

Im RA des Landes Tirol für das Jahr 2009 sind in der Vermögensrechnung (Unterklasse 08) und in einem eigenen Nachweis (Seiten 375 und 376) die Beteiligungen zum Stand 31.12.2009 nachgewiesen.

Veränderungen im  
Beteiligungsportfolio

Das Land Tirol ist direkt am Stamm- bzw. Grundkapital von 33 Kapitalgesellschaften (vier Aktiengesellschaften, 28 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und einer Societas Europaea – SE) beteiligt. Damit hat sich das in der Vermögensrechnung nachgewiesene Beteiligungsportfolio des Landes Tirol im Vergleich zum Vorjahr um die Tiroler Kinderschutz GmbH, die Nationale Anti Doping Agentur Austria GmbH (NADA) und um die ELGA GmbH erweitert.

Tiroler Kinderschutz  
GmbH

Der Gründung der Tiroler Kinderschutz GmbH stimmte die Tiroler Landesregierung mit Beschluss vom 20.5.2008 zu. Die Erklärung über die Errichtung der Gesellschaft erfolgte am 18.12.2008. Die

Gesellschaft wurde erst am 1.4.2009 in das Firmenbuch unter FN 324945k eingetragen. Die Tiroler Kinderschutz GmbH hat im Frühjahr 2009 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen.

NADA Austria GmbH Durch die erstmalige Aufnahme der mit Gesellschaftsvertrag vom 30.6.2008 gegründeten NADA Austria GmbH in die Vermögensrechnung 2009 setzte die Tiroler Landesregierung die entsprechende Empfehlung des LRH im Bericht über den RA 2008 um. Weiters wurde die Geschäftsverteilung der Tiroler Landesregierung dahingehend geändert, dass nunmehr Landeshauptmannstellvertreter Hannes Gschwentner für die NADA Austria GmbH zuständig ist.

ELGA GmbH Die Tiroler Landesregierung stimmte am 17.11.2009 der Beteiligung des Landes Tirol an der nicht auf Gewinn gerichteten ELGA GmbH zu. Diese Gesellschaft hat Serviceleistungen zur Einführung und Implementierung der elektronischen Gesundheitsakte („ELGA“) zu erbringen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 35.100,--. Der Bund, die Gesundheitsfonds der Länder und die Sozialversicherung übernahmen Stammeinlagen von jeweils € 11.700,--. Aufgrund der vorgesehenen gleichmäßigen Aufteilung des auf die Länder entfallenden Teiles übernahm das Land Tirol eine Stammeinlage von € 1.300,--. Das entspricht einem Anteil von rd. 3,7 %.

Vorarlberger Illwerke AG Weiters scheint beim Nachweis über den Stand an Beteiligungen für das Jahr 2009 erstmals die Vorarlberger Illwerke AG auf. Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine „klassische“ Beteiligung des Landes Tirol am Grundkapital dieser AG.

Das Land Tirol hat aufgrund eines Tausch- und Genussrechtsvertrages vom 10.10.2007 mit dem Land Vorarlberg unter Beitritt der Illwerke AG ein Substanzgenussrecht an der Vorarlberger Illwerke AG erworben. Als Gegenleistung hat das Land Tirol seine Heimfallsrechte aus dem Tiroler Landesvertrag an das Land Vorarlberg übertragen.

Der Erwerb des Substanzgenussrechtes an der Vorarlberger Illwerke AG wurde nunmehr in der Vermögensrechnung 2009 mit einem Nominale in Höhe von € 10.166.667,-- nachgewiesen, da dieses Recht aufgrund einer Beteiligung am Unternehmensgewinn (Dividendenbeteiligung) und einer Beteiligung am Liquidationserlös

eine aktienähnliche Unternehmensbeteiligung darstellt. Damit wurde auch der entsprechende Hinweis im Bericht über den RA 2008 umgesetzt.

BBT-SE	Das Land Tirol ist mit € 2.560.000,-- (25 % vom Grundkapital) an der BBT-SE beteiligt. Im Jahr 2008 erfolgte aus dem a.o. Haushalt VAP 5-914006-0802012 eine Kapitalzuführung an die BBT-SE im Ausmaß von 9,0 Mio. €. In weiterer Folge wurde in der Vermögensrechnung der entsprechende Beteiligungsansatz im Nachweis über den Stand an Beteiligungen 2008 auf 11,56 Mio. € erhöht. Im Jahr 2009 wurden 8,0 Mio. € bereitgestellt.
Berichtigung des Beteiligungskontos	Bei den in den vergangenen zwei Jahren geleisteten Zahlungen in der Höhe von insg. 17,0 Mio. € handelt es sich jedoch um Finanzierungsbeiträge zu Projektierung und Bau des BBT-SE, welche zwar als Gesellschafterzuschuss geleistet wurden, aber die tatsächliche Beteiligung am Grundkapital nicht erhöht haben. Nachdem in der Vermögensrechnung nur der tatsächliche Anteil am Stammkapital dargestellt werden kann, wurde zum 31.12.2009 das entsprechende Sachkonto 0802012 „BBT-SE“ um € 17,0 Mio. € berichtigt. Somit scheint in der Vermögensrechnung als Beteiligungsstand zum 31.12.2009 nur mehr die Kapitalbeteiligung des Landes Tirol an der BBT-SE im Ausmaß von € 2,56 Mio. € auf.
Landesimmobilien-Bau- und Sanierungsgesellschaften	<p>Mit Gesetz vom 13.12.2007 über die Landesimmobilien-Bau- und Sanierungsgesellschaften, LGBl. Nr. 4/2007, wurde die Tiroler Landesregierung ermächtigt, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Firmenwortlaut „Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH“ (Grundkapital: € 35.000,--; Alleingesellschafter ist das Land Tirol) zu gründen.</p> <p>Weiters wurde die Tiroler Landesregierung ermächtigt, eine Kommanditgesellschaft mit dem Firmenwortlaut „Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH &amp; Co KG“ zu errichten.</p> <p>Die Komplementärin dieser GmbH &amp; Co KG ist die Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH, deren Kommanditist ist das Land Tirol. Die Haftungssumme beträgt gem. Firmenbuchauszug (FN 307168 v) € 10.000,--. Diese GmbH &amp; Co KG wurde jedoch nicht in der Vermögensrechnung 2009 des Landes Tirol nachgewiesen.</p>

Empfehlung gem. Art. 69 Abs. 4 TLO	Der LRH empfiehlt auch diese Haft-Pflichteinlage des Landes Tirol als Kommanditist der Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH & Co KG im Nachweis über den Stand der Beteiligungen des Landes Tirol transparent auszuweisen.
Plansee GmbH	Die Tiroler Landesregierung hat am 27.10.2009, aufgrund einer Empfehlung des LRH, die Auflösung und Liquidation der Plansee GmbH beschlossen. Die Abwicklungsschritte (Übergang der Liegenschaft an das Land Tirol, Erstellung einer Liquidationsbilanz usw.) wurden im Juni 2010 abgeschlossen. Die Auflösung dieser GmbH wird daher erst in der Vermögensrechnung 2010 ersichtlich sein.
Beschlussfassung über den DVT-Beirat	Mit der Übernahme der gesamten Anteile der DVT – Datenverarbeitung Tirol GmbH durch das Land Tirol wurde auch der Gesellschaftsvertrag insofern geändert, als der Gesellschafterausschuss durch einen Beirat ersetzt wurde. Mit Regierungsbeschluss vom 14.7.2009 wurden die vier Mitglieder des Beirates ordnungsgemäß bestellt. Damit wurde die entsprechende Empfehlung im Bericht für den RA 2008 umgesetzt.
Beteiligungsbericht als Ergänzung zum Beteiligungsnachweis im RA	<p>Zusammengefasst werden in der im RA dargestellten Vermögensrechnung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die jeweiligen direkten Beteiligungsanteile des Landes Tirol am Grund- und Stammkapital von Kapitalgesellschaften und</li> <li>• die jährlichen Veränderung an den Kapitalständen (Kapital Zu- und Abführungen)</li> </ul> <p>nachgewiesen.</p> <p>Ergänzt wird dieser Nachweis über den Stand an Beteiligungen zum 31.12. eines jeden Jahres durch den von der Abteilung Finanzen, Fachbereich Beteiligungsmanagement und Vermögensverwaltung, erstellten Beteiligungsbericht.</p>
Beteiligungsbericht 2009	Dieser auf Empfehlung des LRH erstellte und nunmehr zum siebten Mal herausgegebene Beteiligungsbericht umfasst einen Gesamtüberblick über die wichtigsten Unternehmensdaten der Beteiligungen (Sitz, Unternehmensgegenstand, Zusammensetzung der Geschäftsführung oder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, Anzahl der Dienstnehmer, weitere Tochtergesellschaften usw.) an denen das Land Tirol mit mindestens 12,5 % beteiligt ist. Weiters werden die Werte der jeweiligen Bilanzen sowie GuV sowie die daraus resultierenden Kennzahlen dargestellt.

Beteiligungsbericht als Informationsinstrument

Damit ist der Beteiligungsbericht ein wichtiges Instrument zur Information über die Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Landestochtergesellschaften.

Veränderungen der Bilanzsummen und des EGT

Zusammengefasst, haben sich die Bilanzsummen und die Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (in weiterer Folge: EGT) der direkten Landestochtergesellschaften, inkl. der Hypo Tirol Bank AG, in den Jahren 2007 und 2008 wie folgt entwickelt (Beträge in Tsd. €):

#### Übersicht über die Veränderungen der Bilanzsummen und des EGT

Gesellschaft	Anteil Landes	Bilanzsumme			EGT		
		2007	2008	Veränd.	2007	2008	Veränd.
HYPO TIROL BANK AG	HAV*	12.635.584	12.870.649	2%	14.812	4.296	-71%
TIWAG	100,00%	1.528.836	1.756.494	15%	142.793	88.379	-38%
Verkehrsverbund Tirol GmbH	100,00%	24.594	29.319	19%	-39	-2.185	-5503%
Datenverarbeitung-Tirol GmbH	100,00%	574	713	24%	46	52	13%
TILAK GmbH	100,00%	474.579	468.971	-1%	-23.024	-5.315	77%
UMIT GmbH	100,00%	2.898	3.187	10%	116	279	141%
Tir. Tierkörperentsorgung GmbH	80,00%	297	288	-3%	-71	47	166%
Leitstelle Tirol GmbH	72,22%	6.560	5.090	-22%	-3.265	-3.259	-0,2%
Festwochen d. Alten Musik GmbH	66,67%	1.141	1.134	-1%	-80	10	112%
TIGEWOSI GmbH	61,39%	321.073	340.636	6%	1.111	1.776	60%
Tir. Landesmuseen Betriebs GmbH	60,00%	1.948	2.491	28%	-6.054	-6.800	-12%
Tir. Arbeitsmarktförderungs GmbH	55,56%	711	739	4%	108	129	19%
Landestheater u. Orchester GmbH	55,00%	13.062	13.807	6%	800	239	-70%
Tir. Festspiele Erl Betriebs GmbH	51,00%	709	736	4%	8	13	63%
Neue Heimat Tirol GmbH	50,00%	509.679	547.901	7%	12.273	6.509	-47%
OSVI GmbH	50,00%	55.713	62.743	13%	-1.671	-2.773	-66%
Felbertauernstraße AG	36,69%	31.977	32.393	1%	1.340	817	-39%
ASFINAG Alpenstraße GmbH	35,93%	18.612	14.810	-20%	4.174	2.172	-48%
Congress u. Messe GmbH	25,50%	47.846	47.180	-1%	-398	-814	-105%
Osttiroler Investment GmbH	25,00%	10.418	14.055	35%	249	196	-21%
BBT-SE	25,00%	147.259	195.039	32%	93	87	-6%
Tiroler Flughafenbetriebs GmbH	24,50%	50.680	54.902	8%	4.081	4.126	1%

Gesellschaft	Anteil Landes	Bilanzsumme			EGT		
		2007	2008	Veränd.	2007	2008	Veränd.
Defregger Theramlwasser GmbH	18,50%	1.312	1.710	30%	-24	-28	-17%
Timmelsjoch Hochalpenstraße AG	15,00%	3.756	3.622	-4%	1.093	930	-15%
Intern. Studentenhaus GmbH	12,50%	28.077	28.022	-0,2%	304	-89	-129%

\* 100 % der Aktien befinden sich im Eigentum der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung (Sondervermögen des Landes)

rot = Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr

Die Bilanzsumme gibt Aufschluss über die Vermögenslage und die Kapitalstände zum Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres (meist zum 31.12.). Im Gegensatz dazu, zeigt die Kennzahl EGT den Erfolg des laufenden operativen Betriebes unter Berücksichtigung des Betriebs- und Finanzergebnisses im Laufe eines Geschäftsjahres (in den überwiegenden Fällen vom 1.1. bis zum 31.12.) auf.

Entwicklung der Bilanzsumme und des EGT

Während sich die Kapitalstände und Vermögenslagen der Landestochtergesellschaften zwischen 2007 und 2008 insg. nur unwesentlich verändert haben (der Gesamtstand der Bilanzsummen erhöhte sich von 15,9 Mrd. € auf 16,5 Mrd. € und damit um 4 %), war beim EGT zahlreicher Gesellschaften massive Verschlechterungen festzustellen.

Acht Gesellschaften haben im Jahr 2008 einen negativen EGT in teilweise erheblicher Höhe erzielt. Beispielsweise verschlechterte sich der EGT der Verkehrsverbund Tirol GmbH von € -38.502,- im Jahr 2007 auf € -1.655.152,- im Folgejahr. Bei der Olympia Sport- und Veranstaltungszentrum Innsbruck GmbH war eine Verschlechterung des EGT im Ausmaß von 66 % (von € -1.671.104,- auf € -2.772.724,-) festzustellen. Bei weiteren acht Kapitalgesellschaften hat sich der positive EGT um bis zu 70 % (z.B. bei der Hypo Tirol Bank AG) reduziert.

Auch bei einer Analyse der Bilanzergebnisse (dabei werden auch die a.o. Aufwendungen und Erträge, Steuern sowie Auflösungen oder Zuweisungen von Rücklagen berücksichtigt) ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2007 verschlechterten sich im Jahr 2008 die Bilanzergebnisse von elf Landestochtergesellschaften.

(mögliche) Folgen für das Land Tirol

Bei diesen Landestochtergesellschaften handelt es sich zum überwiegenden Teil um „strukturdefizitäre“ Betriebe, die Landesaufgaben erfüllen. Das Land Tirol hat aufgrund des Beteiligungsverhältnisses

und/oder diverser zivilrechtlicher Vereinbarungen, wie Syndikatsverträge, Patronatserklärungen usw., einerseits (durch negative betriebliche Ergebnisse steigende) Zuschuss- bzw. Abgangsdeckungsverpflichtungen und andererseits kann die Landesbeteiligung auch direkte oder indirekte Haftungsverpflichtungen des Landes Tirol zur Folge haben.

Entstehung „grauer Finanzschuld“

In diesem Zusammenhang weist der LRH darauf hin, dass beim Land Tirol durch Schuldaufnahmen von ausgegliederten Rechtsträgern (Gesellschaften, Stiftungen und Fonds mit Rechtspersönlichkeit usw.) grundsätzlich „graue Finanzschulden“ entstehen können. Diese Schuldaufnahmen erfolgen somit außerhalb des Landeshaushaltes. Ungeachtet dessen trägt das Land Tirol direkt oder indirekt das Ausfallrisiko, d.h. wenn die Landestochtergesellschaft seine Schulden nicht mehr bedienen kann, hat das Land Tirol dafür einzustehen. Ein Schlagendwerden von möglichen gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen seitens des Landes Tirol könnte zudem die Einhaltung der Maastricht-Ziele erschweren.

Haftung des Landes Tirol für Verbindlichkeiten der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung und der Hypo-Tirol Bank AG

In diesem Zusammenhang weist der LRH darauf hin, dass das Land Tirol für Verbindlichkeiten der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung und der Hypo-Tirol Bank AG haftet. Gem. §§ 12 und 15 Landes-Hypothekenbank Tirol – Einbringungsgesetz haften die Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung als Ausfallbürge nach § 1356 ABGB für Verbindlichkeiten der Hypo-Tirol Bank AG im Fall von deren Zahlungsunfähigkeit und das Land Tirol für Verbindlichkeiten der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung und der Hypo-Tirol Bank AG im Fall von deren Zahlungsunfähigkeit wie folgt:

- für alle Verbindlichkeiten, die am 2.4.2003 bestanden haben, bis zum Ende ihrer Laufzeit und
- für Verbindlichkeiten, die vom 3.4.2003 bis zum 1.4.2007 eingegangen wurden bzw. eingegangen werden, wenn ihre Laufzeit nicht über den 30.10.2017 hinausgeht.

Gem. § 15a des Gesetzes vom 12.5.2004, mit dem das Landes-Hypothekenbank Tirol – Einbringungsgesetz geändert wurde, LGBl. Nr. 48/2004, dürfen nur mehr zeitlich befristete und betragsmäßig beschränkte Garantien gegen ein marktgerechtes Entgelt übernommen werden, sofern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbart sind.

## 9. Einnahmen aus Dividenden und Gewinnanteilen

Dividenden und Gewinnanteile

Von den insg. 34 im RA 2009 ausgewiesenen direkten Beteiligungen des Landes Tirol haben sieben Gesellschaften dem Land Tirol eine Dividende bzw. Gewinnbeteiligung ausgeschüttet. Diese Einnahmen wurden im o. Haushalt unter der Finanzposition 2-914005-8230000 „Dividenden und Gewinnanteile“ ausgewiesen. In den vergangenen fünf Jahren war folgende Entwicklung dieser Einnahmen aus Beteiligungen festzustellen (Beträge in €):

### Entwicklung der Einnahmen aus Dividenden und Gewinnanteilen

Dividenden und Gewinnanteile	2005	2006	2007	2008	2009
TIWAG	7.000.000	15.000.000	18.000.000	20.000.000	21.000.000
Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverw.	1.440.000	4.980.000	4.500.000	4.490.000	1.420.000
Timmelsjoch Hochalpenstraße AG	76.503	117.762	125.687	122.726	104.398
TIGEWOSI	41.612	41.612	41.612	41.612	41.612
Planseegesellschaft mbH	30.437	29.922	29.442	34.740	25.635
Neue Heimat Tirol	37.113	25.435	25.435	25.435	25.435
Bonus für TUB	0	0	0	15.517	0
Vorarlberger Illwerke AG	0	0	0	0	2.137.867
<b>Summe</b>	<b>8.625.665</b>	<b>20.194.731</b>	<b>22.722.176</b>	<b>24.730.031</b>	<b>24.754.948</b>

Entwicklung 2008 – 2009

Während die Dividendenzahlungen der Tiroler Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. und der Neue Heimat Tirol, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. mit € 41.612,- bzw. € 25.435,- aufgrund gesetzlicher Regelungen auf einem konstanten Niveau erfolgten, reduzierten sich im Jahr 2009 die Dividendenzahlungen der Timmelsjoch Hochalpenstraße AG (- 15 %) der Planseegesellschaft mbH (- 26 %) und der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung (- 68 %) in einem erheblichen Ausmaß.

Trotz dieser Einnahmenreduktionen konnte im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Steigerung im Ausmaß von 0,1 % bei den Gesamteinnahmen aus Dividenden und Gewinnanteilen erzielt werden. Dies war darauf zurück zu führen, dass im Jahr 2009 die Dividendenzahlungen der TIWAG im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mio. € erhöht haben und erstmalig eine Gewinnbeteiligung

an der Vorarlberger Illwerke AG in den Landeshaushalt angewiesen wurden (siehe dazu die Ausführungen im Kapitel „Beteiligungen“).

Gewinnbeteiligung für Genussrechte	In diesem Zusammenhang weist der LRH darauf hin, dass in der o. Hauptversammlung der Vorarlberger Illwerke AG am 26.6.2009 der Beschluss gefasst wurde, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 in Höhe von € 19.022.270,80 den Betrag von € 19.022.000,-- an die Aktionäre als Dividende auszuschütten. Dem Land Tirol wurde am 6.7.2009 eine Gewinnbeteiligung gem. den Bestimmungen des Genussrechtsvertrages vom 10.10.2007 in Höhe von insg. € 2.137.866,66 (€ 2.113.555,56 als Dividendenzahlung zzgl. €24.311,-- Heimfallaufschlag) angewiesen.
Verwendung der Gewinnbeteiligung	<p>Im Regierungsbeschluss vom 13.11.2007 wurde festgelegt, dass das Land Tirol beabsichtigt, unter Beachtung des rechtlichen Rahmens und der finanziellen Voraussetzungen, Anteile der Gewinnausschüttung für die nächsten zehn Jahre für die Behebung von Schäden aus Katastrophenfällen Zweck zu binden. In der Sitzung des Tiroler Landtages vom 13.12.2007 wurde diese Vorgangsweise genehmigt.</p> <p>Am 27.8.2009 wurde diese Gewinnbeteiligung für das Jahr 2008 aus dem Genussrecht an der Vorarlberger Illwerke AG iSd Beschlussfassungen des Tiroler Landtages und der Tiroler Landesregierung einer Haushaltsrücklage zugeführt.</p>
Dividendenzahlungen der TIWAG 2009	In der 85. o. Hauptversammlung der TIWAG vom 8.5.2009 wurde beschlossen, dass vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 in Höhe von € 21.141.598,44 eine Dividende im Ausmaß von 21,0 Mio. € an das Land Tirol ausgeschüttet wird. Der Restbetrag von € 141.598,44 wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Die Anweisung dieser Dividende erfolgte am 13.5.2009.
Anteil der TIWAG-Dividende	Mit einer Dividendenzahlung in dieser Höhe trug die TIWAG den überwiegenden Teil (85 %) der im Jahr 2009 in den Landeshaushalt angewiesenen Gesamteinnahmen aus Dividenden und Gewinnanteilen bei.
Dividendenzahlungen der TIWAG 2010	Mit einem im Wirtschaftsjahr 2009 erzielten EGT von 93,6 Mio. € (Vorjahr: 88,3 Mio. €) hat das Unternehmen das bisher zweitbeste Geschäftsjahr präsentiert. Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung der TIWAG vom 10.5.2010 wurde vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2009 eine Dividende in Höhe von 21,0 Mio. €

an das Land Tirol ausgeschüttet.

Sonderzahlung der TIWAG für den Tiroler Solidaritätsfonds

Zusätzlich zur Dividendenzahlung hat die TIWAG im Jahr 2009 den Betrag von 5,0 Mio. € dem Landeshaushalt angewiesen. Diese Mittelbereitstellung beruht auf der Beschlussfassung des TIWAG-Aufsichtsrates vom 9.5.2008 mit der der Vorstand ermächtigt wurde, einmalig den Betrag von 5,0 Mio. € für neue soziale Initiativen jeweils über Anforderung und Abwicklung durch das Land Tirol zur Verfügung zu stellen.

In Umsetzung dieser Beschlussfassung hat der TIWAG-Vorstand am 30.4.2009 beschlossen, den „Tiroler Solidaritätsfonds“ mit einer Einmaldotierung von 5,0 Mio. € auszustatten. Dabei wurde festgestellt, dass es sich bei dieser Mittelbereitstellung um keine „Sonderdividende“ sondern um eine Transferzahlung handelt.

In diesem Zusammenhang weist der LRH darauf hin, dass der „Tiroler Solidaritätsfonds“ weder ein Verwaltungsfonds noch ein Fonds mit Rechtspersönlichkeit ist, sondern im Landeshaushalt über den Teilabschnitt 1-46950 (anweisende Stellen: Abteilung Soziales und Abteilung JUFF) abgerechnet wird.

Dividendenzahlungen der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung

Die jährlichen Dividendenzahlungen der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung in den Landeshaushalt orientierten sich an dem jeweils im Vorjahr erzielten Geschäfts- und Betriebserfolg der Hypo Tirol Bank AG.

Der Aufsichtsrat der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung hat in der Sitzung vom 25.6.2009 beschlossen, vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2008 der Hypo Tirol Bank AG in Höhe von € 1.465.507,25 einen Betrag von € 1.420.000,- an das Land Tirol auszuschütten. Damit hat sich die Dividendenausschüttung, wegen der allgemeinen Finanzmarktlage und der Bemühungen zur Strategieausrichtung, im Vergleich zum Jahr 2008 um 3,07 Mio. € reduziert.

Ursache der Dividendenreduktion

Diese Dividendenreduktion resultierte daraus, dass sich der risikobereinigte Gewinn (EGT) der Hypo Tirol Bank AG im Geschäftsjahr 2008 von 24,8 Mio. € auf 16,7 Mio. € verringerte. Im Vergleich zum Jahr 2007 war somit eine Reduktion des Konzerngewinns um 8,1 Mio. € (- 52 %) festzustellen. Der wirtschaftliche Erfolg der Hypo Tirol Bank AG, als zur Gänze im Eigentum des Landes Tirol befindliche Landestochtergesellschaft, hat somit auch wesentliche direkte

und indirekte Auswirkungen auf den Landeshaushalt.

langfristige  
Dividenden-  
entwicklung

Bis zum Jahr 2005 betrug die Landesdividende rd. 1,4 Mio. €. Aufgrund der Hochwasserkatastrophe wurde die Hypo-Dividende (ursprünglich als einmalige „Sonderdividende“ gedacht) im Jahr 2006 massiv erhöht. In den Jahren 2006, 2007 und 2008 erzielte das Land Tirol Dividenden im Ausmaß von 4,5 Mio. € - 5,0 Mio. €. Damit erreichte die im Jahr 2009 ausgezahlte Dividende das Niveau der im Jahr 2005 für das Wirtschaftsjahr 2004 ausgezahlten Dividende.

## 10. Stiftungen und Fonds

Darstellung im RA des  
Landes Tirol

Im RA 2009 des Landes Tirol wurden die jährlichen Erfolgsrechnungen und Vermögensnachweise der sieben Stiftungen und Fonds, die vom Land Tirol verwaltet werden, sowie der 16 Fonds mit Rechtspersönlichkeiten nachgewiesen. Diese Stiftungen und Fonds verfügen über erhebliche Kapitalstände, die überwiegend durch Zuwendungen des Landes Tirol „aufgebaut“ werden konnten und außerhalb des Landeshaushaltes verwaltet werden.

Übersicht

In der nachfolgenden Tabelle werden die im RA 2009 ausgewiesenen jeweiligen Kapitalwerte, die Gebarungsergebnisse und die von den Stiftungen und Fonds dem Land Tirol leihweise zur Verfügung gestellten Mittel als „Forderungen an das Land Tirol“ dargestellt (Beträge in €):

### Übersicht über die Kapitalstände und Ergebnisse der Stiftungen und Fonds

Vom Land Tirol verwaltete Stiftungen u. Fonds		Kapital	Ergebnis	Forderungen
1.	Wolkenstein'sches Damenstift	157.353	36.437	0
2.	Gemeindeausgleichsfonds	19.666.747	-2.079.183	4.026.703
3.	Landesfeuerwehrfonds	6.664.194	-23.579	1.135.544
4.	Sportförderungsfonds	1.127.439	330.502	0
5.	Fonds f. außerschulische Jugendbildung	271.439	29.621	233.028
6.	Tiroler Naturschutzfonds	9.908.902	288.603	4.923.976
7.	Dr. Joham Jubiläumsstiftung	93.067	-4.603	0
<b>Summe</b>		<b>37.889.141</b>		<b>10.319.251</b>

Fonds mit Rechtspersönlichkeit		Kapital	Ergebnis	Forderungen
1.	Tiroler Landesgedächtnisstiftung	12.001.509	844.518	11.923.116
2.	Tiroler Zukunftsstiftung	10.526.095	412.109	0
3.	Landeskulturfonds	53.308.900	1.826.155	0
4.	Grundsicherungsfonds	1.289.783	158.346	1.474.291
5.	Tiroler Landeswohnbauaufonds	2.753.854	966.785	0
6.	Tourismusförderungsfonds	8.549.303	-3.974.175	17.181.260
8.	Tierseuchenfonds	1.163.004	179.530	178.746
9.	Tiroler Gesundheitsfonds	0	0	0
10.	Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds	33.197.977	8.530	13.320.483
11.	Hofkirche Erhaltungsfonds	62.650	2.119	0
12.	Landes-Unterstützungsfonds	3.166.729	93.924	1.564.573
13.	Tiroler Kriegsoffer- u. Behindertenfonds	629.961	-62.951	347.820
14.	Tiroler Nationalparkfonds Hohe Tauern	442.057	-264.633	221.240
15.	Tiroler Bodenfonds	3.316.226	523.156	0
16.	Tiroler Patientenentschädigungsfonds	922.674	-600.948	822.935
17.	Tiroler Wissenschaftsfonds	1.267.842	37.949	20.929
<b>Summe</b>		<b>132.598.564</b>		<b>47.055.393</b>

**Kapitalstände 2008** Von dem ausgewiesenen Gesamtkapitalstand im Ausmaß von 170,5 Mio. € (Vorjahr: 173,7 Mio. €) waren der Landeskulturfonds mit einem Anteil von 31 % (53,3 Mio. €), der Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds mit 20 % (33,2 Mio. €) sowie der Gemeindeausgleichsfonds mit 12 % (19,7 Mio. €) die kapitalstärksten Fonds.

**Veränderungen bei den Gebarungsergebnissen** Massive Veränderungen beim Gebarungsergebnis waren beim Tiroler Tourismusförderungsfonds, bei der Tiroler Zukunftsstiftung, beim Tiroler Patientenentschädigungsfonds und beim Gemeindeausgleichsfonds festzustellen. Diese Veränderungen hatten verschiedene Ursachen.

**Tiroler Tourismusförderungsfonds** Das Gebarungsergebnis des Tiroler Tourismusförderungsfonds hat sich im Jahr 2009 massiv verschlechtert. Während im Jahr 2008 noch Mehreinnahmen in der Höhe von rd. 6,2 Mio. € in der Erfolgsrechnung des Fonds ausgewiesen wurden, waren im Jahr 2009 Mehrausgaben in der Höhe von 4,0 Mio. € zu verzeichnen. Das Kapital des Tiroler Tourismusförderungsfonds wies zum 31.12.2009 einen Stand von 8,5 Mio. € (Vorjahr: 12,5 Mio. €) auf.

Diese Entwicklung war darauf zurück zu führen, dass im Jahr 2009 vom Fonds insg. der Betrag von 10,3 Mio. € als Zuwendung an die Tirol Werbung ausgezahlt worden ist.

Diese Mittelanweisung stand im direkten Zusammenhang mit der Veräußerung der Tiscover AG. Die Tirol Werbung GmbH hielt 91 % der Aktien an der Tiscover AG. Aufgrund einer Empfehlung des LRH im Bericht vom 14.9.2004 wurden diese Anteile im Jahr 2008 veräußert. Der Veräußerungserlös wurde der Tirol Werbung GmbH für den operativen Betrieb bzw. für die Umsetzung touristischer Projekte zur Verfügung gestellt.

Um aufgrund dieses a.o. Erlöses und etwaiger daraus resultierender Bilanzgewinne keine Steuerlast in erheblicher Höhe hervorzurufen, wurden die Zuwendungen des Tiroler Tourismusförderungsfonds im Jahr 2008 zurückgestellt und im Jahr 2009 zur Anweisung gebracht.

Tiroler  
Zukunftsstiftung

Bei der Tiroler Zukunftsstiftung waren im Vergleich zum Jahr 2008 sowohl in der Erfolgsrechnung 2009 als auch im Vermögensnachweis zum 31.12.2009 zahlreiche Veränderungen festzustellen.

Erhöhung der  
Zuschussgewährung

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die von der Tiroler Zukunftsstiftung gewährten Zuschüsse von 5,6 Mio. € auf 6,6 Mio. € (+ 16 %) erhöht. Dies war darauf zurück zu führen, dass sich die Anzahl der Förderungsanträge auf 106 verdoppelt hat. Über 50 Innovationsprojekte, 60 % mehr als im Vorjahr, wurden neu bewilligt. Die Zuwendungen des Landes Tirol erhöhten sich um € 207.920,- auf 8,4 Mio. € im Jahr 2009.

das Finanzergebnis  
entwickelte sich positiv

Weiters waren beim „Finanzergebnis“ der Tiroler Zukunftsstiftung wesentliche Veränderungen festzustellen. Während sich die Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens im Vergleich zum Jahr 2008 um 1,0 Mio. € auf nur mehr € 140.988,- reduziert haben, hat sich der Ertrag aus Wertpapieren und Zinsen von € 771.007,- auf 1,2 Mio. € im Jahr 2009 erhöht.

Die Marktwerte der Wertpapiere, in die die Tiroler Zukunftsstiftung Veranlagungen vorgenommen hat, haben sich nach dem schwierigen Jahr 2008 im Jahr 2009 stabilisiert. Die Konsolidierung der Wertpapierkurse zu Beginn des Jahres 2009 und die anhaltende Fokussierung auf risikoarme Anlagen führten zum Rückgang der Aufwendungen für Finanzanlagen. Im Gegensatz dazu konnten aufgrund steigender Marktwerte der Wertpapiere vom 31.12.2008 bis

zu deren Verkauf im Jahr 2009 erhebliche Erträge realisierte werden.

Im Jahr 2009 wurde die Laufzeit der Wertpapierveranlagung, entsprechend den Vorgaben des Landes Tirol, auf geringere Fälligkeiten angepasst. Aufgrund des nunmehr kürzeren Anlagehorizontes, bei dem ein Abbau des Fondsvermögens jederzeit realisierbar ist, wurde ausschließlich auf risikolose Anlageformen bester Bonität gesetzt.

Tiroler Patientenentschädigungsfonds	Gemäß § 14 Abs. 3 Tiroler Patientenentschädigungsfonds-Gesetz hat der Fonds spätestens sechs Monate nach dem Ablauf eines Kalenderjahres der Tiroler Landesregierung einen RA und einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.
Verschlechterung des Gebarungsergebnisses	Im RA 2009 des Landes Tirol sind die Erfolgsrechnung 2008 und der Vermögensnachweis zum 31.12.2008 des Tiroler Patientenentschädigungsfonds dargestellt. Das Gebarungsergebnis dieses Landesfonds mit Rechtspersönlichkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verändert. Im Jahr 2008 haben sich die Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr um € 514.793,-- erhöht. Damit hat sich das Gebarungsergebnis des Fonds von € - 86.155,-- zum 31.12.2007 auf € - 600.948,-- zum 31.12.2008 verschlechtert.
Reduktion des Fondskapitals	In weiterer Folge reduzierte sich auch das Fondskapital von 1,5 Mio. € zum 31.12.2007 auf 0,9 Mio. € zum 31.12.2008. Zum Vergleich betrug der Fondskapitalstand zum 31.12.2006 noch 1,6 Mio. €.
Entwicklung der Entschädigungszahlungen	Diese Entwicklung beruhte darauf, dass im Jahr 2008 ein starker Anstieg der von der Entschädigungskommission behandelten Fälle festzustellen war. Die Entschädigungsleistungen des Fonds erhöhten sich daraufhin von € 693.000,-- auf € 1.208.400,-- und damit um 74 %.
Übersicht	Wie in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, waren dies die höchsten Entschädigungszahlungen die seit Bestehen des Fonds ausgezahlt wurden:

---

 Übersicht über die Entwicklung der Anzahl der behandelten Fälle und die Zahlungen des Tiroler Patientenentschädigungsfonds

Jahre	Anzahl der behandelten Fälle				Zahlungen in €	Durchschnitt in €
	Summe	Zahlungen	Abweisung	Zurück- stellung		
2002	34	19	10	5	111.070	5.846
2003	82	33	38	11	168.500	5.106
2004	120	67	38	15	356.500	5.321
2005	99	56	36	7	304.500	5.438
2006	89	69	15	5	475.800	6.896
2007	111	75	29	7	693.000	9.240
<b>2008</b>	<b>194</b>	<b>146</b>	<b>36</b>	<b>12</b>	<b>1.208.400</b>	<b>8.277</b>
2009	122	67	40	15	555.100	8.285

---

Entwicklung der durchschnittlichen Entschädigungshöhe

Die massive Erhöhung der durchschnittlichen Entschädigungszahlungen im Jahr 2007 war darauf zurück zu führen, dass mit Wirkung 16.11.2006 eine Änderung des § 2 der Entschädigungs-Richtlinie erfolgte. Das Höchstausmaß der Entschädigungsleistungen wurde von € 22.000,- auf bis zu € 35.000,-, bei besonders schwerwiegenden gesundheitlichen Dauerfolgen auf bis zu € 70.000,- erhöht. Bisher wurde eine Entschädigung im Höchstausmaß von € 70.000,- zuerkannt und ausbezahlt.

Eine langfristige Analyse der durchschnittlichen Entschädigungshöhe zeigt, dass das negative Gebarungsergebnis zum 31.12.2008 ausschließlich auf die von der Entschädigungskommission behandelte Anzahl an Fällen zurückzuführen ist. Die Höhe der Erträge 2008 (Kostenbeiträge gem. § 41a Abs. 4 Tir.KAG) war jedoch mit rd. € 550.000,- praktisch unverändert zu den Vorjahren. Im Jahr 2009 ist die Zahl der Fälle (und damit auch die Gesamthöhe der ausbezahlten Entschädigungen) wieder deutlich zurückgegangen.

Gemeindeausgleichsfonds

Das Gebarungsergebnis 2009 des Gemeindeausgleichsfonds hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,1 Mio. € verschlechtert. Während im Jahr 2008 Mehreinnahmen in der Höhe von 2,0 Mio. € zu verzeichnen waren, wurden im Jahr 2009 Mehrausgaben in der Höhe von 2,1 Mio. € ausgewiesen.

Ausschlaggebend dafür war eine Reduktion bei den Fondseinnahmen aus Bedarfszuweisungen von 85,6 Mio. € im Jahr 2008 auf 81,1 Mio. € im Jahr 2009. Die Fondsausgaben in Form von Bedarfszuweisungen an Gemeinden reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig.

Forderungen an das Land Tirol      Massiv erhöht haben sich jedoch jene Fondsmittel, die dem Land Tirol im Jahr 2009 leihweise zur Verfügung gestellt wurden (sog. „innere Anleihen“). In der Vermögensrechnung des Gemeindeausgleichsfonds zum 31.12.2009 wurden Forderungen an das Land Tirol im Ausmaß von 4,0 Mio. € (Vorjahr: € 700.192,-) ausgewiesen.

Fondsmittelbereitstellung      Neben dem Gemeindeausgleichsfonds haben im Jahr 2009 auch zahlreiche andere Fonds dem Land Tirol Mittel bereitgestellt, die nicht unmittelbar zur Besorgung laufender Aufgaben benötigt wurden. Diese Fondsmittelbereitstellung erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2008 von insg. 51,8 Mio. € auf 57,4 Mio. € (10,3 Mio. € von Verwaltungsfonds und 47,1 Mio. € von Fonds mit Rechtspersönlichkeit).

Der Tiroler Tourismusförderungsfonds mit 17,2 Mio. € und der Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds mit 13,3 Mio. € und die Landesgedächtnisstiftung mit 11,9 Mio. € haben im Jahr 2009 die höchsten Fondsmittel angewiesen.

Verzinsung      Die Fondsmittel hat das Land Tirol nach dem 3-Monats EURIBOR zu Beginn jeden Quartals verzinst. Für das Jahr 2009 wurden an die Fonds Zinsen in der Höhe von € 852.362,44 geleistet.

## **11. Haftungen des Landes Tirol**

---

Der Nachweis der vom Land Tirol übernommenen Haftungen für Verbindlichkeiten verschiedener Unternehmen bzw. Einrichtungen wird in der Beilage zum RA 2009 auf der Seite 387 in der Form einer Bestandsrechnung erbracht.

Stand der inländischen Haftungen      Die im RA 2009 nachgewiesenen Haftungsübernahmen des Landes Tirol erfolgten für Zahlungsverpflichtungen des Landeskulturfonds (Stand zum 31.12.2009: 56,1 Mio. €), der Tiroler Bürgschaftsgemeinschaft (€ 181.764,-), des Tiroler Bodenfonds (18,6 Mio. €) und

erstmalig für das Partizipationskapital der Hypo Tirol Bank AG (60,0 Mio. €). Somit haftet das Land Tirol mit Stand 31.12.2009 noch für Verbindlichkeiten in der Höhe von insg. 134,8 Mio. € (Vorjahr: 76,8 Mio. €).

keine  
Landeseinnahmen  
aus der Übernahme  
von Haftungen im Jahr  
2009

Die Haftungsübernahmen des Landes Tirol für den Landeskultur-  
fonds, die Tiroler Bürgschaftsgemeinschaft und den Tiroler Boden-  
fonds erfolgten unentgeltlich. Da auch die Gewährträgerhaftung des  
Landes Tirol für die Hypo Tirol Bank AG im Jahr 2008 ausgelaufen  
ist (in den Jahren 2006, 2007 und 2008 hat das Land Tirol daraus  
Haftungsprämien im Ausmaß von jeweils 2,06 Mio. € vereinnahmt),  
wurden im RA 2009 keine Einnahmen aus der Übernahme von Haf-  
tungen ausgewiesen.

Partizipationskapital  
der Hypo Tirol Bank  
AG

Im Jahr 2009 erfolgte eine Emission von Partizipationskapital der  
Hypo Tirol Bank AG im Ausmaß von 60,0 Mio. € (genehmigt waren  
bis zu 100,0 Mio. €). Diese Emission war notwendig, da es im Jahr  
2008 zu einer extremen Verschlechterung auf den Finanzmärkten  
kam und die Hypo Tirol Bank AG in weiterer Folge einen Ergebnis-  
einbruch erlitt. Weiters sank die Kernkapitalquote zum Bilanzstichtag  
auf 5,7 %.

Bei der Vergabe von Bankratings spielt die Kapitalausstattung und  
somit die Kernkapitalquote eine zentrale Rolle. Je besser das  
Rating, umso günstiger kann sich die Bank am Geld- und Kapital-  
markt refinanzieren.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Hypo Tirol Bank AG nachhaltig zu  
gewährleisten, wurde die Kernkapitalquote durch diese Emission  
von Partizipationskapital auf über 7 % gesteigert. Ohne diese Kapi-  
talerhöhung wäre die Gefahr bestanden, dass die Hypo Tirol Bank  
AG von den internationalen Ratingagenturen zurück gestuft worden  
wäre, was wiederum Refinanzierungsmehrkosten verursacht hätte.

Haftungsübernahme  
durch das Land Tirol

Das Land Tirol übernahm während der ersten zehn Jahre im  
Konkursfall der Hypo Tirol Bank AG eine Ausfallhaftung zu Gunsten  
des Partizipationsscheininhabers, beschränkt auf den jeweiligen  
Nominalbetrag.

Vereinbarungen

In einer Vereinbarung zur Optionsausübung vom 18.12.2009 wurde  
zwischen der Hypo Tirol Bank AG, der Landes-Hypothekenbank  
Tirol Anteilsverwaltung und dem Land Tirol die Rücknahme (Put-  
Option) und die Kaufoption (Call-Option) festgelegt. Die zwischen

diesen Vertragspartnern abgeschlossene Garantievereinbarung regelt die jeweiligen Verpflichtungen, Zahlungen und den Übertragungsanspruch des Landes Tirol.

Vergütung	Das Land Tirol erhält von der Hypo Tirol Bank AG für die Übernahme der Garantie ein jährliches Entgelt zwischen 3,9 % (in den ersten drei Jahren) und 6,6 % (im 10. Jahr) des ausgegebenen Partizipationsnominales. Weiters erhält das Land Tirol eine jährliche Dividende in Höhe von 1,4 Mio. €. An die Landeshypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung wird während der ersten 10 Jahre eine jährliche Sonderdividende in Höhe von 3,7 Mio. € ausgeschüttet.
Verwendung	Das an das Land Tirol geleistete Garantieentgelt sowie die an die Anteilsverwaltung ausgeschüttete Sonderdividende sind zweckgebunden in der Landeshypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung zu veranlagen und zu verzinsen. Das somit zur Verfügung stehende Kapital ist nach Ablauf von zehn Jahren zur Andienung oder zum Rückkauf der Partizipationsscheine zu verwenden. Das Land Tirol verpflichtete sich, dass das Partizipationskapital nach Ausübung der Option ehest möglich dem Grundkapital der Hypo Tirol Bank AG zugeführt wird.
Genehmigungen	Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 17.6.2009 festgestellt, dass diese Kapitalisierungsmaßnahme mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ist und daher auch keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken bestehen. Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 2.7.2009 diese Kapitalisierungsmaßnahmen auf Basis der dringlichen Regierungsvorlage der Tiroler Landesregierung vom 23.7.2009 genehmigt.
Bürgschaftsübernahmen des Landes Tirol	Weiters hat das Land Tirol Bürgschaften im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung und der Wohnhaussanierung übernommen. Im Bilanzbericht 2009 wurden die Rückzahlungen und Zugänge sowie der Stand zum 31.12.2009 pro Förderungsnehmer ausgewiesen. Die Bürgschaftsleistungen betragen bis zum Bilanzstichtag 31.12.2009 unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Rückerstattungen € 446.309,78.
Empfehlung gem. Art. 69 Abs. 4 TLO	Der LRH empfiehlt diese Bürgschaftsübernahmen des Landes Tirol im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung und der Wohnhaussanierung im Nachweis über die Haftungen des Landes Tirol transparent auszuweisen.

## 12. Zusammenfassende Feststellungen

Verschuldung	Die Verschuldung des Landes Tirol betrug zum 31.12.2009 199,7 Mio. €. Dieser Betrag bezieht sich auf sieben Darlehen, welche das Land Tirol bei der Hypo Tirol Bank AG aufgenommen hat. Der Darlehenszweck besteht in der Finanzierung der a.o. Haushalte der Jahre 2004 - 2009. Die Laufzeiten der Darlehen erstrecken sich auf einen Zeitraum von 2005 - 2018.
Pro-Kopf-Verschuldung	Die Pro-Kopf-Verschuldung der Landesbürger ging im Vergleich zum Jahr 2008 aufgrund der steigenden Einwohnerzahl leicht auf € 281,8 zurück.
Bundesländervergleich	<p>Im Bericht des Staatsschuldenausschusses vom 30.6.2010 über die öffentlichen Finanzen nimmt das Land Tirol weiterhin die dritte Position ein. Der Anteil Tirols an der Gesamtverschuldung der Länder liegt für das Jahr 2008 bei 2,7 %.</p> <p>Lediglich die Länder Oberösterreich und Vorarlberg weisen eine geringere Finanzschuld auf. Das Land Oberösterreich musste jedoch im Jahr 2009 erstmals seit 2002 im eigenen Haushalt wieder Finanzschulden in der Höhe von rd. 92,0 Mio. € aufnehmen.</p>
Maastricht-Ergebnis	Das Maastricht-Ergebnis des Landes Tirol für das Jahr 2009 wies einen negativen Finanzierungssaldo in der Höhe von 14,7 Mio. €, aus. Unter Berücksichtigung der Landesfonds beträgt das Maastricht-Ergebnis -16,4 Mio. €. Im Vergleich dazu ergab der Rechnungsquerschnitt nach Maastricht im Jahr 2008 noch ein positives Ergebnis von 181,9 Mio. €.
Österreichischer Stabilitätspakt 2008	Für das Jahr 2009 verpflichteten sich die Länder, einen Stabilitätsbeitrag von 0,49 % des BIP in Form eines durchschnittlichen Haushaltsüberschusses zum gesamtstaatlichen Konsolidierungspfad beizutragen. Der Stabilitätsbeitrag des Landes Tirol wurde mit 8,758 % am Gesamtanteil der Länder festgelegt. Die aus dem Österreichischen Stabilitätspakt 2008 resultierende Vorgabe für das Land Tirol sah im Jahr 2009 die Erwirtschaftung eines Maastricht-Überschusses von 120,0 Mio. € vor.

Maastrichtziel nicht erreicht	<p>Damit wurde der Stabilitätspakt vom Land Tirol um 136,4 Mio. € unterschritten. Der Stabilitätsbeitrag war aufgrund der krisenbedingten Einnahmefälle nicht zu erreichen. Derzeit finden jedoch auf nationaler Ebene Verhandlungen statt, um die Zielvorgaben des Stabilitätspakts für Bund und Länder generell zu erleichtern. Im Herbst 2010 soll diesbezüglich ein neuer Stabilitätspakt verabschiedet werden.</p>
Österreichisches Stabilitätsprogramm 2009 – 2013	<p>Im Gegensatz zum Österreichischer Stabilitätspakt 2008 sieht das Österreichische Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 – 2013 bereits jährliche Maastricht-Defizite für die Länder vor. Das Land Tirol konnte die Vorgabe aus dem Stabilitätsprogramm für das Jahr 2009 von -73,0 Mio. € mit dem vorhandenen Maastricht-Defizit von -16,4 Mio. € einhalten.</p>
Rückgang der Ertragsanteile im Vergleich zum Präliminare	<p>Trotz des erheblichen Anstiegs der Ertragsanteile im Vergleich zum Jahr 2008, der großteils aus der Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile resultiert, macht sich die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Einnahmenseite massiv bemerkbar. In Summe lagen die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben um 80,4 Mio. € unter dem Präliminare für das Jahr 2009. Auch die Vorschüsse für das Jahr 2010 wichen bis Ende Juni um -4,3 Mio. € oder -0,9 % vom Präliminare ab.</p>
Abgang	<p>Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte das Land Tirol seinen o. Haushalt 2009 nicht ausgeglichen abschließen. Den Gesamtausgaben von 2.776,9 Mio. € stehen Gesamteinnahmen von 2.717,6 Mio. € gegenüber. Daraus ergibt sich ein Abgang von 59,3 Mio. €.</p> <p>Der ursprüngliche VA war mit einem Abgang von 57,7 Mio. € budgetiert. Demgegenüber bedeutet dies eine Erhöhung des Abganges um 1,6 Mio. € oder 2,7 %. Unter Berücksichtigung der Budgetänderungen während des Jahres, wodurch der präliminierte Abgang auf 64,3 Mio. € erhöht hat, konnte der tatsächliche Abgang hingegen um 5,0 Mio. € oder 7,8 % reduziert werden.</p> <p>In den Voranschlägen der Vorjahre waren zwar durchwegs Abgänge im ähnlichen Ausmaß budgetiert, letztlich aber in den tatsächlichen Rechnungsergebnissen keine bzw. nur geringe Abgänge ausgewiesen. Dies war insbesondere durch einen restriktiven Vollzuges der Ausgaben und durch höhere Abgabenertragsanteile möglich. Das Jahr 2009 war hingegen von einem beträchtlichen Rückgang der</p>

Abgangsertragsanteile beeinflusst. Einen ähnlich hohen Abgang wie im Jahr 2009 musste das Land Tirol zuletzt im RA des Jahres 1995 mit 60,0 Mio. € ausweisen.

Ausgabenseitige  
Schwerpunkte

Die Ausgabenseite des RA 2009 war – wie in den Vorjahren – wiederum im Wesentlichen von den Bereichen Unterricht, Soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung, Gesundheit und öffentlicher Personennahverkehr geprägt. In einzelnen Bereichen waren in den letzten Jahren deutliche Ausgabensteigerungen festzustellen, deren Einbremsen gegensteuernde Maßnahmen erfordern.

Die mittelfristige Budgetvorschau des Tiroler Landeshaushaltes bis 2014 zeigt ohne budgetsteuernde Eingriffe eine Abgangsentwicklung auf 219,4 Mio. € pro Jahr sowie eine Erhöhung der Gesamtverschuldung des Landes Tirol auf 954,7 Mio. € (!) auf.

Budgetpfad

Die Tiroler Landesregierung hat daher am 15.6.2010 den Budgetpfad 2010 - 2014 beschlossen. Der LRH sieht im Budgetpfad 2010 - 2014 einen ersten Schritt zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Es darf jedoch nicht nur bei der Limitierung von Ausgabenpositionen bleiben, sondern es müssen auch im Vollzug strengste Maßstäbe angelegt werden. Diesbezüglich sind die jeweiligen Ressorts gefordert.

Veränderungen im  
Beteiligungsportfolio

Das Land Tirol ist mit Stand 31.12.2009 direkt am Stamm- bzw. Grundkapital von 33 Kapitalgesellschaften (vier Aktiengesellschaften, 28 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und einer Societas Europaea – SE) beteiligt. Damit hat sich das in der Vermögensrechnung nachgewiesene Beteiligungsportfolio des Landes Tirol im Vergleich zum Vorjahr um die Tiroler Kinderschutz GmbH, die Nationale Anti Doping Agentur Austria GmbH (NADA) und um die ELGA GmbH erweitert.

Entwicklung der  
Bilanzsumme und  
des EGT

Während sich die Kapitalstände und Vermögenslagen der Landestochtergesellschaften zwischen 2007 und 2008 insg. nur unwesentlich verändert haben (der Gesamtstand der Bilanzsummen erhöhte sich von 15,9 Mrd. € auf 16,5 Mrd. € und damit um 4 %), war beim EGT zahlreicher Gesellschaften massive Verschlechterung festzustellen.

Acht Gesellschaften haben im Jahr 2008 einen negativen EGT in teilweise erheblicher Höhe erzielt. Beispielsweise verschlechterte sich der EGT der Verkehrsverbund Tirol GmbH von € - 38.502,-- im

Jahr 2007 auf € - 1.655.152,-- im Folgejahr. Bei der Olympia Sport- und Veranstaltungszentrum Innsbruck GmbH war eine Verschlechterung des EGT im Ausmaß von 66 % (von € 1.671.104,-- auf € -2.772.724,--) festzustellen. Bei weiteren acht Kapitalgesellschaften hat sich der positive EGT um bis zu 70 % (z.B. bei der Hypo Tirol Bank AG) reduziert.

Auch bei einer Analyse der Bilanzergebnisse (dabei werden auch die a.o. Aufwendungen und Erträge, Steuern sowie Auflösungen oder Zuweisungen von Rücklagen berücksichtigt) ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2007 verschlechterten sich im Jahr 2008 die Bilanzergebnisse von elf Landestochtergesellschaften.

(mögliche) Folgen für das Land Tirol Bei diesen Landestochtergesellschaften handelt es sich zum überwiegenden Teil um „strukturdefizitäre“ Betriebe, die Landesaufgaben erfüllen. Das Land Tirol hat aufgrund des Beteiligungsverhältnisses und/oder diverser zivilrechtlicher Vereinbarungen, wie Syndikatsverträge, Patronatserklärungen usw., einerseits (durch negative betriebliche Ergebnisse steigende) Zuschuss- bzw. Abgangsdeckungsverpflichtungen und andererseits kann die Landesbeteiligung auch direkte oder indirekte Haftungsverpflichtungen des Landes Tirol zur Folge haben.

Entstehung „grauer Finanzschulden“ In diesem Zusammenhang weist der LRH darauf hin, dass beim Land Tirol bei ausgegliederten Rechtsträgern (Gesellschaften, Stiftungen und Fonds mit Rechtspersönlichkeit usw.) grundsätzlich „graue Finanzschulden“ entstehen können. „Graue Finanzschulden“ entstehen durch Schuldaufnahmen ausgegliederte Rechtsträger. Diese Schuldaufnahmen erfolgen außerhalb des Landeshaushaltes. Ungeachtet dessen trägt das Land Tirol direkt oder indirekt das Ausfallsrisiko, d.h. wenn die Landestochtergesellschaft seine Schulden nicht mehr bedienen kann, hat das Land Tirol dafür einzustehen. Ein Schlagendwerden von möglichen gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen seitens des Landes Tirol könnte zudem die Einhaltung der Maastricht-Ziele erschweren.

Dividenden und Gewinnanteile Von den insg. 34 im RA 2009 ausgewiesenen direkten Beteiligungen des Landes Tirol haben sieben Gesellschaften dem Land Tirol eine Dividende bzw. Gewinnbeteiligung ausgeschüttet. Während die Dividendenzahlungen der Tiroler Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. und der Neue Heimat Tirol, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. mit € 41.612,-- bzw. € 25.435,-- aufgrund gesetzlicher Regelungen auf

einem konstanten Niveau erfolgten, reduzierten sich im Jahr 2009 die Dividendenzahlungen der Timmelsjoch Hochalpenstraße AG (- 15 %) der Plansee GmbH (- 26 %) und der Landes-Hypothekenbank Tirol Anteilsverwaltung (- 68 %) in einem erheblichen Ausmaß.

Stand der  
inländischen  
Haftungen

Die im RA 2009 nachgewiesenen Haftungsübernahmen des Landes Tirol erfolgten für Zahlungsverpflichtungen des Landeskulturfonds (Stand zum 31.12.2009: 56,1 Mio. €), der Tiroler Bürgschafts-gemeinschaft (€ 181.764,--), des Tiroler Bodenfonds (18,6 Mio. €) und erstmalig für das Partizipationskapital der Hypo Tirol Bank AG (60,0 Mio. €). Somit haftet das Land Tirol mit Stand 31.12.2009 noch für Verbindlichkeiten in der Höhe von insg. 134,8 Mio. € (Vorjahr: 76,8 Mio. €).

Bestätigungsvermerk

Der LRH hat sich überzeugt, dass die Abwicklung der Gebarung im Jahr 2009 im Einklang mit dem VA sowie den dazu erteilten Vollmachten, Zustimmungen und sonstigen voranschlagswirksamen Beschlüssen des Tiroler Landtages erfolgte.

### **13. Empfehlungen gem. Art. 69 Abs. 4 TLO**

Landeshaftung im RA  
ausweisen

Der LRH empfiehlt auch diese Haft-Pflichteinlage des Landes Tirol als Kommanditist der Landesimmobilien-Bau- und Sanierungs-GmbH & Co KG im Nachweis über den Stand der Beteiligungen des Landes Tirol transparent auszuweisen.

Bürgschafts-  
übernahmen im RA  
ausweisen

Der LRH empfiehlt diese Bürgschaftsübernahmen des Landes Tirol im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung und der Wohnhaus-sanierung im Nachweis über die Haftungen des Landes Tirol transparent auszuweisen.

DI Reinhard Krismer  
Innsbruck, am 3.8.2010